



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2016

Anna Stadler

**Das politische Denken James
Madisons. James Madisons
Abkehr von der Legislative**

Bachelorarbeit bei
Prof. Dr. Karsten Fischer
WiSe 2015/16

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	1
2.	Die <i>Virginia Declaration of Rights</i>	4
2.1.	Madisons frühes Engagement für Religionsfreiheit	4
2.1.1.	Madisons Ausbildung	4
2.1.2.	Die Festschreibung von Religionsfreiheit	5
2.2.	<i>Memorial and Remonstrance against Religious Assessments</i>	6
2.3.	<i>Virginia Act for Establishing Religious Freedom</i>	8
3.	Die amerikanische Verfassung	9
3.1.	Madisons Desillusion bezüglich der amerikanischen Politik	10
3.1.1.	Das politische System der Staaten.....	10
3.1.2.	Die <i>Confederation of the United States</i>	10
3.2.	Madisons Lösungen	12
3.2.1.	<i>Vices of the Political System of the United States</i>	12
3.2.2.	Das <i>Negative on State Laws</i> und das Zwei-Kammer-System	13
3.3.	Die <i>Philadelphia Convention</i>	14
3.3.1.	Der <i>Virginia Plan</i>	14
3.3.2.	Lösungen der <i>Philadelphia Convention</i>	16
3.4.	Das <i>Judicial Review</i>	18
4.	Die <i>Bill of Rights</i>	20
4.1.	Madisons Weg zur <i>Bill of Rights</i>	20
4.2.	Madison als Vater der <i>Bill of Rights</i>	22
4.2.1.	Haupteinwände gegen eine <i>Bill of Rights</i>	23
4.2.2.	Die Hintergründe der <i>Bill of Rights</i>	24
4.2.3.	Madisons <i>Amendments</i>	25
4.2.4.	Die Ratifizierung der <i>Bill of Rights</i>	26
4.3.	Ausblick	27
5.	Fazit.....	28
	Literaturverzeichnis:	i

1. Einleitung

In den letzten Jahren wurde oft bemängelt, dass Barack Obama, aktueller Präsident der Vereinigten Staaten, anhand von präsidentialen Verfügungen wie ein König regieren würde. Eine Studie zeigt jedoch, dass Obamas Vorgänger genauso monarchisch regierten. Obama benutzte von 2009 bis 2012 erst 37 Mal eine präsidentiale Verfügung, wogegen der Durchschnitt bei 44 liegt. Spitzenreiter ist Harry Truman mit 113, gefolgt von Gerald Ford mit 84 präsidentialen Verfügungen. Diese Zahlen geben zwar nicht den Inhalt dieser Verfügungen wieder, jedoch zeigen sie wie wichtig dieses exekutive Instrument geworden ist, das nicht explizit in der Verfassung verankert ist.¹ Ein anderes Zeichen für die wachsende Macht der Exekutive ist die Klage, die im Juli 2014 mit 225-201 Stimmen beschlossen wurde und am 21. November 2014 durch das *House of Representatives* eingereicht wurde. Diese Klage bemängelt, dass die Obama Administration in seiner Gesundheitsreform, dem *Affordable Care Act*, die Macht der Exekutive missbraucht habe. Auch wenn diese Klage als politische Strategie der Republikaner bezeichnet werden kann - die Republikaner haben im *House of Representatives* die Mehrheit - hat sie doch eine symbolische Wirkung. Als die Gründungsväter die amerikanische Verfassung erarbeiteten, war nicht die Exekutive, sondern die Legislative, nach dem englischen Vorbild, die mächtigste Gewalt. In der Tat lehnten die Amerikaner ihr englisches Erbe, trotz der Unabhängigkeit von der Britischen Krone, nicht ab. Für sie war die englische Verfassung, auch während der Kolonialzeit, die freieste und ausgezeichnetste Verfassung auf Erden.² Allerdings mussten die Amerikaner feststellen, dass England, nach der Thronbesteigung von George III. in Korruption und Tyrannei versank. Die ursprünglichen Prinzipien, die die englische Verfassung so ausgeglichen machten, lösten sich auf, da sich die Krone durchsetzte. Die Verfassung zu ihren ursprünglichen politischen Prinzipien zurückzubringen schien unmöglich, weil das britische Volk selbst korrupt und schwach wurde.³ Mit dieser Entwicklung schienen auch die Grund- und Freiheitsrechte, die die Amerikaner so schätzten, unterzugehen.⁴ Dass sich die Amerikaner von dieser wachsenden Tyrannei dank ihrer Revolution befreiten, bedeutete nicht, dass sie den ursprünglichen Prinzipien der englischen Verfassung den Rücken kehrten. Und so orientierten sie sich weiter an ihr, um die Verfassungen ihrer einzelnen Staaten nach deren Unabhängigkeit zu erarbeiten.⁵

Sir William Blackstone (1723-1780), einer der einflussreichsten britischen Rechtswissenschaftler, stellte die britische Verfassung als kunstvolles Geflecht von Gewalten und Gegengewalten dar, die sich wechselseitig in Schach halten und damit zugleich einerseits die Grund- und Freiheitsrechte der Engländer sichern, andererseits einen Schutzwall gegen Umsturz und Anarchie bilden würden. In seinem vierbändigen *Commentaries on the Laws of England* beschrieb und analysierte er die britische Verfassung und ihre politischen Institutionen.⁶ In seinem ersten Band, *Rights of Persons*, erklärte

¹Salsman, Richard M, 2013: When it Comes to Abuse of Presidential Power, Obama is a Mere Piker, in: Forbes, 28.01.2013.

²Wood, Gordon S, 1998: Creating the Republic 1776-17787, 2. Auflage, The University of North Caroline Press, 10-11.

³Ebd., 32-36.

⁴Ebd., 39-40.

⁵Ebd., 44-45.

⁶Kraus, Hans-Christof, 2006: Englische Verfassung und Politisches Denken im Ancien Régime. 1689 bis 1789, München, 178-180.

Blackstone den absoluten Schutz der Grundrechte zum "principal aim of [s]ociety". Dabei könnten die Grundrechte der Engländer auf drei zentrale Grundrechte reduziert werden: "[T]he right of per[s]onal [s]ecurity, the right of per[s]onal liberty ; and the right of private property."⁷ Zum Schutz dieser Rechte sei die Existenz eines obersten, souveränen Machtzentrums im Staat unbedingt erforderlich. Diese Institution, die den eigentlichen Kern der Verfassung bilden würde, sei das souveräne Parlament, das aus drei Teilen bestehe: "[F]ir[s]t, the king; [s]econdly, the lords [...]; and, thirdly, the hou[s]e of commons."⁸ Blackstone vertrat die Auffassung, dass gegen jeden König, der den ursprünglichen Vertrag zwischen König und Volk breche und damit die Verfassung verletze, ein Recht des Widerstands nicht nur erlaubt, sondern auch geboten sei.⁹ Ein Widerstand des Volkes gegen ein Unrecht tuendes Parlament ging ihm jedoch zu weit, da für ihn die absolute Macht des Parlaments unantastbar war¹⁰:

"It hath [s]overeign and uncontrollable authority in making, confirming, enlarging, re[s]training, abrogating, repealing, reviving, and expounding of laws [...]: the being the place where that ab[s]olute depotice power [...]. It can alter the e[s]tabli[s]hed religion of the land [...]. It can, in [s]hort, do everything that is not naturally impo[ss]ible; and therefore [s]ome have not [s]crupled to call it's power, by a figure rather too bold, the omnipotence of parliament."¹¹

Das Parlament konnte somit über alles Mögliche entscheiden. Dazu gehörte etwa auch, eine Staatsreligion zu etablieren oder zu ändern, wodurch der Ausdruck des "omipotence of parliament" entstand.

Wie also ist es möglich geworden, die Macht der Legislative einzugrenzen, sodass in vielen Ländern heute die Exekutive dominiert? Die modernen Demokratien unserer Zeit haben Menschenrechtserklärungen auf staatlicher wie auch auf internationaler Ebene, viele Länder haben ein Zwei-Kammer-System und auch das Institut der Normenkontrolle ist in vielen Ländern üblich. Doch wie sind diese, die Legislative einschränkenden Instrumente, entstanden? Am besten lässt sich das am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika festmachen. Dabei ist ein Mann von großer Bedeutung: James Madison. Der vierte Präsident von Amerika hat schon sehr früh die Gefahren, die aus einer zu starken Legislative entspringen, erkannt und versucht, diese zu bekämpfen. Madison wurde schon 1827 von Charles J. Ingersoll als "Father of the Constitution" bezeichnet. Auch wenn er diese Bezeichnung selbst zurückwies und die Verfassung als das gemeinsame Werk vieler Männer beschrieb, kann ohne Zweifel behauptet werden, dass Madison einer der wichtigsten Gründungsväter war.¹²

So werde ich in meiner Arbeit versuchen, herauszufinden, inwiefern James Madison repräsentativ für die Abkehr von der Legislative ist. Um dies zu veranschaulichen, werde ich

⁷ Blackstone, William, Sir, 1765-1769: Commentaries on the Laws of England, Band 1, Oxford, 120, 125.

⁸Kraus, Hans-Christof, 2006: Englische Verfassung und Politisches Denken im Ancien Régime. 1689 bis 1789, München, 183; Blackstone, William, Sir, 1765-1769: Commentaries on the Laws of England, Band 1, Oxford, 50-51.

⁹Kraus, Hans-Christof, 2006: Englische Verfassung und Politisches Denken im Ancien Régime. 1689 bis 1789, München, 184-185.

¹⁰Ebd., 185.

¹¹Blackstone, William, Sir, 1765-1769: Commentaries on the Laws of England, Band 1, Oxford, 120, 156.

¹²Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 197.

auf das Grundrecht der Religionsfreiheit zurückgreifen, für das sich James Madison sein Leben lang eingesetzt hat.

Relevant ist dieses Thema insbesondere auch durch den *Supreme Court*, dem Obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser zieht nicht selten die Gründungsgeschichte der Vereinigten Staaten heran, um Entscheidungen zu begründen. Besonders prägend für diese Entscheidungen ist die Art und Weise, wie die Verfassung, die Grundrechte oder gewisse politische Instrumente entstanden sind. Ein Beispiel dafür ist die *Engel v. Vitale* - Entscheidung. Darin geht die Mehrheit des *Supreme Courts* auf die Geschichte der *Establishment Clause* des ersten *Amendments* der Verfassung sowie der Trennung zwischen Staat und Kirche ein, um gegen offizielle Gebete in Staaten zu urteilen. Dabei zitiert der *Supreme Court* James Madison, der Teil dieser Geschichte ist.¹³

Es sei außerdem auf die Originalismus-Debatte in den Vereinigten Staaten verwiesen.¹⁴ Relevant ist dieses Thema aber auch durch seine Aktualität. Religion bleibt auch in unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert ein wichtiges und umstrittenes Thema. Es erscheint folglich interessant, sich anzusehen, wie das Grundrecht der Religionsfreiheit verfassungsrechtlich verankert wurde.

Um meine Forschungsfrage zu beantworten, werde ich drei Hauptdokumente heranziehen: die *Virginia Declaration of Rights*, die Amerikanische Verfassung und die *Bill of Rights*. Ausgewählt wurden diese drei Dokumente, weil sie für James Madisons Denken besonders relevant sind. Die *Virginia Declaration of Rights* ist Madisons erster politischer Beitrag und zeigt, dass sein Engagement für die Religionsfreiheit schon auf seine Anfänge in der Politik zurückzuführen ist. Dieses Thema wird ihn schließlich während seiner gesamten Karriere beschäftigen. Auch die amerikanische Verfassung ist als Dokument in Madisons politischem Denken besonders relevant. Er war einer der aktivsten und konstruktivsten Delegierten während der *Philadelphia Convention* im Jahre 1787, trug einen essentiellen Beitrag zu den Kompromissen bei, die schließlich zur Verfassung führten (während er gleichzeitig akribisch Protokoll über den Ablauf der *Convention* führte), verteidigte die Verfassung in seinen *Federalist Papers* und trug einen signifikanten Beitrag zur Ratifizierung der Verfassung in Virginia bei.¹⁵ Schließlich wird Madison zurecht als "Vater der Bill of Rights" bezeichnet.¹⁶ Interessanterweise setzte er sich für dieses Dokument ein, obwohl er es selbst lange Zeit aus verschiedenen Gründen für unnötig hielt.

Um James Madisons Abkehr von der Legislative am besten schildern zu können, werde ich in meiner Arbeit chronologisch vorgehen. Die drei Hauptdokumente werden die drei Hauptkapitel dieser Arbeit darstellen, wobei innerhalb jedes Kapitels auf den Kontext sowie auf die zusammenhängenden Dokumente der jeweiligen Hauptdokumente eingegangen wird.

¹³*Engel v. Vitale* - Entscheidung.

¹⁴Vgl. Rakove, Jack N, 1996: *Original Meanings. Politics and Ideas in the Making of the Constitution*, New York; Monaghan, Henry P, 2004: *Doing Originalism*, in: *Columbia Law Review*, 104:1, 32-38; Ansolabehere, Stephen/Green, Jamal/Persily, Nathaniel, 2011: *Profiling Originalism*, in: *Columbia Law Review*, 111:2, 356-418.

¹⁵Sheldon, Garrett Ward, 2001: *The Political Philosophy of James Madison*, Baltimore, 1.

¹⁶Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 105.

2. Die *Virginia Declaration of Rights*

Anfangs vertrat James Madison die Ansicht, dass die Legislative, die nun auch in den Staaten in Form von *Assemblies* eine große Rolle spielen würde, dadurch eingegrenzt werden könnte, dass ihr Rechtsgegenstände entzogen werden würden. Dabei schien die Festschreibung von Grundrechten in Form einer Menschenrechtserklärung eine gute Möglichkeit.

2.1. Madisons frühes Engagement für Religionsfreiheit

2.1.1. Madisons Ausbildung

James Madison wuchs als ältester Sohn in einer Familie von Landbesitzern in Virginia, Orange County auf, in der er christlich erzogen wurde. Die Madisons waren eine wohlhabende Familie und so fehlte es bei ihnen nicht an Büchern. Deswegen konnte Madison mit elf Jahren wahrscheinlich schon gut lesen. Mit zwölf Jahren wurde er in ein Internat in County of King and Queen geschickt. Unterrichtet wurde er dort von Donald Robertson, einem schottischen Priester, der in Aberdeen und der Universität von Edinburgh (dem Herz des schottischen Calvinismus) ausgebildet wurde. Bei ihm las Madison wahrscheinlich Montesquieus "Vom Geist der Gesetze" sowie Lockes "Eine Abhandlung über den menschlichen Verstand". Mit 16 kehrte er zurück zu seinen Eltern, wo er seine Ausbildung unter *Reverend* Thomas Martin, der bei der Familie Madison als sein Lehrer wohnte, fortsetzte. Martin kam von einer schottisch-irischen Familie und hatte ein Studium am englisch-calvinistischen *College of New Jersey* in Princeton absolviert. Er hat sicher eine Rolle bei Madisons Entscheidung gespielt, nach Princeton zu gehen und nicht das näher liegende anglikanische *College of William and Mary* in Williamsburg zu besuchen. Madison entfernte sich dadurch schon sehr früh von der dominanten anglikanischen Staatsreligion. Ein Jahr vor Madisons Ankunft am *College of New Jersey* im Jahr 1796 wurde ein schottischer Geistlicher namens Dr. John Witherspoon, der auch Madison unterrichtete, Präsident des *College*. Die spätere *Princeton University* war für damalige Verhältnisse sehr liberal, pflegte einen freiheitlichen Geist und forderte von den Studenten, sich selbst ein Urteil zu bilden. Nach seinem Studium, das er in zwei statt drei Jahren absolvierte, war Madison sehr gut ausgebildet. Er hatte nicht nur griechische und lateinische Schriften, sondern auch englische, französische und schottische Autoren gelesen. Trotzdem blieb er weitere sechs Monate, um bei Witherspoon zu studieren. Dabei wurde er zweifellos von dessen politischem Denken beeinflusst. Witherspoon sah die menschliche Natur als sündhaft und verdorben, wobei der Mensch aber auch fähig sei, durch den Glauben an Christus Gutes zu leisten. Konsequenterweise befürwortete er eine republikanische Regierungsform, weil der Mensch ein positives Potential habe, jedoch verlange der Egoismus und das Böse im Menschen eine politische Struktur mit geteilten und ausgeglichenen Gewalten, sodass die Interessen der einen, durch die Interessen der anderen ausbalanciert werden würden.

Der freiheitliche Geist, der seine gesamte Ausbildung geprägt hatte, förderte auch seine religiöse Toleranz, die ihm bereits Witherspoon gelehrt hatte.¹⁷ Und so bat Madison im Jahre 1773 seinen Klassenkameraden und Freund William Bradford, von dem *College of New*

¹⁷Ketcham, Ralph, 1990: James Madison. A Biography, 2. Auflage, New York, 1-51; Sheldon, Garrett Ward, 2001: The Political Philosophy of James Madison, Baltimore, 3-14.

Jersey, ihm Dokumente über die Verfassung seines Heimatstaats Pennsylvania zu schicken, die die "religious Toleration" betrafen.¹⁸ Er stellte ihm auch zwei essentielle Fragen, die ihn in den folgenden Jahre beschäftigen würden: "Is an Ecclesiastical Establishment absolutely necessary to support civil society in a supream Government? & how far it is hurtful to a dependant State?".¹⁹ Madison war somit schon früh der Auffassung, dass Religion und Staat getrennt gehörten und eine Staatsreligion einem Staat eher schaden würde.

2.1.2. Die Festschreibung von Religionsfreiheit

Im Frühling des Jahres 1776 wurde James Madison mit 25 Jahren zur *Virginia Provincial Convention* als Delegierter von Orange County, seinem Heimatort, gewählt. Unter den 36 Delegierten waren unter anderem auch Edmund Pendleton, George Mason, Patrick Henry, Thomas Jefferson und George Washington.

Dies wurde James Madisons erste Übung in der Arbeit an Verfassungen und der Anfang einer brillanten Karriere. Als junger Mann war Madison mit der Aufgabe, eine Verfassung zu schreiben, noch nicht sehr vertraut, und so ist besonders George Mason als Autor der *Virginia Constitution* zu nennen. Beim Verfassen der *Virginia Declaration of Rights* war Madison zwar besser vorbereitet, jedoch war auch in diesem Fall George Mason der Hauptverfasser.²⁰

Bei einem Punkt jedoch setzte sich der junge Madison durch und zwar beim Verfassen des Artikel 16. In der ursprünglichen Version von Mason ist noch folgender Satz zu lesen:

"That Religion, or the Duty which We owe to our Creator, and the Manner of discharging it, can be directed only by Reason & Conviction, not by Force or Violence, and therefore that all men shou'd enjoy the fullest Toleration in the Exercise of Religion, according to the Dictates of Conscience unpunished, & unrestrained by the Magistrate."²¹

Mason spricht noch vom Tolerieren anderer Religionen, was jedoch bedeutete, dass Religion kein Grundrecht war, das aus dem Naturzustand kam und alle besaßen, sondern ein Privileg, das der Staat seinen Bürgern gewährte.²² Von Religionsfreiheit, wie Madison es schon zu diesem Zeitpunkt verstand, war nicht die Rede, denn mit Masons Satz war Religion immer noch ein Teil des Staates und somit ein Gegenstand, über dem die Legislative verfügen konnte.

Da die Delegierten nicht die Anglikanische Kirche destituieren wollten, schlug Madison folgenden Satz vor, der auch so angenommen wurde:

"That religion, or the duty which we owe to our Creator and the manner of dicharging it, can be directed by reason and conviction, not by force or violence; and therefore, all men are equally entitled to the free exercice of

¹⁸ Sheldon, Garrett Ward, 2001: *The Political Philosophy of James Madison*, Baltimore, 29; Madison James, 1773: Letter to William Bradford, December, 1, 1773, in: *Papers of James Madison*.

¹⁹ Madison James, 1773: Letter to William Bradford, December, 1, 1773, in: *Papers of James Madison*.

²⁰ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 10-13.

²¹ *Virginia Declaration of Rights (First Draft)*.

²² Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 13.

religion, according to the dictates of conscience, and that it is the mutual duty of all to practice Christian forbearance, love, and charity towards each other."²³

Es wurde Madisons erster politischer Beitrag. Die Religionsfreiheit wurde in der *Virginia Declaration of Rights*, eine der ersten modernen Menschenrechtserklärungen, und somit in der Verfassung von Virginia verankert. Gleichzeitig wurde die Grundlage für die Trennung von Kirche und Staat geschaffen, die zumindest auf dem Papier möglich wurde, auch wenn die anglikanische Kirche weiterhin die Staatsreligion blieb.²⁴

Dass jedoch Verfassung und Verfassungswirklichkeit nicht gleich zu stellen sind, wurde Madison schon bald deutlich.

2.2. Memorial and Remonstrance against Religious Assessments

Als sich die *Virginia Assembly* im Herbst 1784 wieder versammelte, hoffte Madison, dass die Trennung von Staat und Kirche vervollständigt werden könne.²⁵

Patrick Henry, Madisons lebenslanger politischer Gegner, war anderer Meinung. Als Erstes wurde ein Gesetz vorgeschlagen, das die episkopalische Kirche zu einem Teil der Staatskirche machte. Vom Elan dieses Gesetzes beflügelt, schlug Henry eine Beschlussvorlage vor, die die Bürger dazu verpflichten würde, eine Steuer beziehungsweise einen Beitrag jährlich zu zahlen, um die christliche Kirche zu unterstützen.²⁶ Der Gesetzesvorschlag dazu wurde schließlich "A Bill Establishing a Provision for Teachers of the Christian Religion" benannt. Um die öffentliche Meinung nicht zu brüskieren, beschloss Madison, trotz seiner anfänglichen Opposition, das erste Gesetz zu befürworten, wogegen das zweite auf eine spätere Sitzung vertagt wurde.²⁷

Diese Zeit nutzten Madison und seine Verbündeten, um die Opposition zu diesem Gesetz stark werden zu lassen, wobei Madison eine wichtige Rolle spielte. Er selbst war davon überzeugt, dass dieses Gesetz nicht gewählt werden würde, da viele Religionen dagegen waren und viele der Befürworter dieses Gesetzes nicht in die *Assembly* wiedergewählt wurden. George Nicholas war der Meinung, dass eine Mehrheit der Bevölkerung gegen dieses Gesetz wäre. Dies würde jedoch bestritten werden, wenn nicht Petitionen dies kundtun würden und somit würde das Gesetz verabschiedet werden. Noch mehr Gewicht hätten diese Petitionen, wenn sie den entsprechenden Inhalt haben würden. Aus diesem Grund bat Nicholas Madison eine solche Petition zu verfassen, da er am geeignetsten dafür wäre.²⁸

Dieser Bitte kam Madison schließlich nach, woraus das *Memorial and Remonstrance against Religious Assessments* entstand. Diese Petition verfasste Madison jedoch anonym. Erst 1826, im Alter von 76 Jahren, gab er bekannt, dass er der Autor gewesen sei.²⁹ Gründe für diese Anonymität gab es genügend: Erstens war es Madison wichtig, dass nicht seine Person, sondern die Argumente seiner Petition im Vordergrund standen, zweitens spielten Vorsicht und politische Berechnung eine Rolle. In der Tat unterstützten wichtige politische Akteure wie Patrick Henry, zu diesem Zeitpunkt Gouverneur von Virginia, oder auch

²³*Virginia Declaration of Rights*.

²⁴Sheldon, Garrett Ward, 2001: *The Political Philosophy of James Madison*, Baltimore, 1.

²⁵Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 32.

²⁶Brant, Irving, 1970: *The Fourth President. A Life of James Madison*, London, 126.

²⁷Ebd., 127.

²⁸Nicholas, George, 1785: Letter to James Madison, April, 22, 1785, in: *Papers of James Madison*.

²⁹Madison, James, 1826: Letter to George Mason, July, 14, 1826, in: *Papers of James Madison*.

Edmund Pendleton dieses Gesetz. Madison war sich bewusst, dass die Trennung von Kirche und Staat ein sensibles Thema war und, dass er sich durch eine offizielle Position viele zum Feind machen würde.³⁰

Madisons Petition wurde anschließend von Nicholas und Mason verbreitet. Sie war nicht die einzige, denn insgesamt wurden 80 Petitionen mit mehr als 10.000 Unterschriften der *Virginia Assembly* unterbreitet, darunter sind 1.552 Unterschriften Madisons Petition zuzuordnen.³¹

Madison baute seine Petition in fünfzehn Argumenten auf.³² Zunächst erinnert er an den Artikel 16 der *Virginia Declaration of Rights*, die ein von Natur aus unabdingbares Recht darstelle und für alle gleich sei. Das Prinzip einer freien Regierung verbiete jeder Gewalt "to overleap the great Barrier which defends the rights of the people." Machthaber, die trotzdem solche Eingriffe vornehmen würden, seien Tyrannen, und Bürger, die sich solchen Gesetzen unterwerfen würden, seien Sklaven. Die Bürger sollten durch ein solches Gesetz beunruhigt sein und weiterhin ihre Freiheiten verteidigen, wie sie es schon während der Revolution getan hätten. Denn wenn es der Legislative möglich sei, die Bürger dazu zu bringen, Steuern für eine Religion zu zahlen, dann schien es genauso möglich, eine bestimmte Sekte als Staatsreligion zu etablieren und alle anderen auszuschließen. Jedoch sei die Legislative kein Richter über Religionen.

Ferner sei eine Staatsreligion nicht nötig, um eine freie Regierung zu unterstützen. Es gebe kein Beispiel dafür, dass Religion als Wächter der Freiheiten der Individuen fungiert hätte. Eine freie Regierung brauche keine Religion, sondern Religionsfreiheit.

Weiter würde das Gesetz dem Ruf des Landes schaden, das durch seine Freizügigkeit zum Zufluchtsort für Verfolgte jedes Staates und jeder Religion geworden sei. Das Gesetz würde ein Zeichen für Intoleranz setzen, sowie die Harmonie zwischen den Religionen zerstören, was dem Land die "torrents of blood" im Namen der Religion erspart habe. Somit wäre dieses Gesetz eine Quelle von Feindseligkeiten und Eifersucht.

Außerdem würde die Durchsetzung eines Gesetzes, das so vielen Bürgern widerstrebe, die Kraft der Gesetze im Allgemeinen schwächen und somit das Band der Gesellschaft lockern. Zudem sei es von so einem außerordentlichen Ausmaß, dass es nicht beschlossen werden könne, ohne einen klaren Beweis zu haben, dass es von der Mehrheit der Bevölkerung befürwortet würde.

Schließlich hätte Religionsfreiheit den gleichen Status und das gleiche Gewicht wie alle anderen Grundrechte der *Virginia Declaration of Rights*. Wenn die Legislative das Recht habe die Religionsfreiheit zu verletzen, habe sie konsequenterweise auch das Recht alle anderen Grundrechte zu verletzen oder aber keins davon:

"Either then, we must say, that the Will of the Legislature is the only measure of their authority; and that in the plenitude of this authority, they may sweep away all our fundamental rights; or, that they are bound to leave this particular right untouched and sacred: Either we must say, that they may controul the freedom of the press, may abolish the Trial by Jury, may swallow up the Executive and Judiciary Powers of the State [...] and erect themselves into an independent

³⁰ Labunski, Richard, 2006: James Madison and the Struggle for the Bill of Rights, Oxford, 165; Madison, James, 1785: Memorial and Remonstrance Against Religious Assessments, in: Papers of James Madison.

³¹ Ebd., 164; Ebd.

³² Madison, James, 1785: Memorial and Remonstrance Against Religious Assessments, in: Papers of James Madison.

and hereditary Assembly or, we must say, that they have no authority to enact into law the Bill under consideration. We the Subscribers say, that the General Assembly of this Commonwealth have no such authority."³³

Dieses Argument erscheint am schlagkräftigsten für den Leser, weil ihm somit bewusst wird, wie viel Macht die Legislative haben könne, dass seine individuellen Rechte bei einer Gewalt, dessen Repräsentanten er selbst gewählt habe, doch nicht so gut aufgehoben seien, wie er es annehmen könnte und wie prekär damit seine Grundrechte trotz des Schutzes durch die Menschenrechtserklärung seien.

Durch diese Petition erkannte Madison erstens wie wichtig die öffentliche Meinung sei und zweitens, dass es möglich sei, mit klaren Ideen und strukturierten Argumenten die Wähler genauso wie die Gesetzgeber zu beeinflussen. Wenn letztere missbräuchlich handelten, gäbe es immer noch die Möglichkeit, auf die Wähler zurückzugreifen, dessen Interessen und Wünsche eine republikanische Regierung repräsentieren sollten.³⁴

Als im Herbst des Jahres 1785 die *Virginia Assembly* erneut das Gesetz in Betracht zog, hatten Madison und seine Verbündete solch eine Arbeit geleistet, dass das Gesetz tatsächlich tot war und ohne Abstimmung zur Seite gelegt wurde.³⁵

Jedoch wurde Madison durch dieses Ereignis bewusst, dass die Legislative nicht durch eine einfache Menschenrechtserklärung eingegrenzt werden könne und das Gesetz gewählt worden wäre, wenn eine Mehrheit diesem zugestimmt hätte.

2.3. *Virginia Act for Establishing Religious Freedom*

Schon 1776, als sich Virginia von der britischen Krone abspaltete, war ein neues Gesetzbuch notwendig gewesen. Thomas Jefferson versuchte diesen Prozess zu koordinieren, wobei er nicht nur die Überarbeitung der alten Gesetze im Kopf hatte, sondern ein ganz neues Gesetzbuch entwickeln wollte. Nicht alle Abgeordneten teilten jedoch Jeffersons Enthusiasmus. Immerhin wurde am 13. Januar 1776 die Gründung eines *Committee of Revisors* beschlossen, das als Aufgabe hatte, ein solches Gesetzbuch zu erarbeiten.³⁶ Im Juni 1779 war von Jefferson, Pendleton und Wythe die größte Arbeit getan, sie präsentierten einen Bericht mit einem Katalog von insgesamt 126 neuen Gesetzen, darunter auch auf Platz 84 ein "Bill for Establishing Religious Freedom".³⁷ Der Sprecher der *Assembly*, Benjamin Harrison, war jedoch kein Freund großer Reformen und nahm sich Zeit, Kopien dieses Berichts zu verteilen. So war dieser immer noch im Ablagefach, als Madison auf Jeffersons Bitte den anspruchsvollen Plan im Mai 1784 in der *Assembly* wiederbelebte und den Bericht öffentlich verteilen ließ.³⁸

Madison profitierte vom Erfolg gegen das "Bill Establishing a Provision for Teachers of the Christian Religion" und der positiven Stimmung der öffentlichen Meinung gegenüber der Religionsfreiheit, um in der *Virginia Assembly* als Vorsitzender des *Committee for Courts of*

³³Madison, James, 1785: Memorial and Remonstrance Against Religious Assessments, in: Papers of James Madison.

³⁴Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 35.

³⁵Labunski, Richard, 2006: James Madison and the Struggle for the Bill of Rights, Oxford, 165.

³⁶Bills for a Revised States Code of Laws, 31 October 1785, in: Papers of James Madison.

³⁷Catalogue of Bills Prepared by the Committee of Revisors, 1-5 June 1779, in: Papers of Thomas Jefferson.

³⁸Bills for a Revised States Code of Laws, 31 October 1785, in: Papers of James Madison.

Justice die "Bills for a Revised State Code of Laws" durchzubringen.³⁹ Er präsentierte 118 der ursprünglichen 126 Gesetze (von den 126 waren schon ein paar in der Not verabschiedet worden). Allerdings waren sich die Abgeordneten in ihrem Reformeifer nicht einig, sodass nur 36 Gesetze im Jahr 1785 beschlossen wurden, darunter jedoch zum Trost Madisons das wichtige "Bill for Establishing Religious Freedom".⁴⁰

Dieses Gesetz akklamierte Gedanken- und Religionsfreiheit und verurteilte jeden Versuch der Gesetzgeber, diese zu beeinflussen.⁴¹

Er vervollständigte zudem, was Madison zuerst in der *Virginia Declaration of Rights* und in seinem *Memorial* beabsichtigte und was auch Jefferson am Herzen lag: die Trennung von Staat und Kirche. Die anglikanische Kirche wurde somit der Status von Staatsreligion aberkannt.

Das Grundrecht der Religionsfreiheit war ab diesem Zeitpunkt in Virginia geschützt:

"[U]nder the influence of the public sentiment thus manifested the celebrated Bill "Establishing Religious freedom", enacted into a permanent Barrier agst. future attempts on the Rights of Conscience as declared in the great Charter prefixed to the Constitution of the State."⁴²

In der Tat wird im letzten Abschnitt des Gesetzes verkündet, dass, obwohl es rechtlich gesehen widerrufbar sei, die beinhalteten Menschenrechte Naturrechte seien und somit jeder aufhebende oder eingrenzende Akt eine Verletzung dieser Naturrechte sei.⁴³

Es war, Jack N. Rakove zufolge, die geniale Idee von Madison und Jefferson, zu erkennen, dass, indem der religiöse Glaube ausschließlich als eine private Angelegenheit behandelt werde " the entire sphere of religious practice could be safely dergulated, placed beyond the cognizance of the state, and thus defused as a source of both political strife and a danger to individual rights".⁴⁴

Dass nun das Grundrecht der Religionsfreiheit geschützt war, hieß aber noch lange nicht, dass alle anderen es auch waren. In der Tat wurde die Macht der Legislative beschränkt, indem ihr ein Bereich entzogen wurde, doch gab es noch genügend andere Bereiche, die in ihrer Macht standen und somit genauso viele Missbrauchsmöglichkeiten. Außerdem ist noch zu betonen, dass die Sicherung der Religionsfreiheit zwar in Virginia und in anderen Staaten gewährleistet war, auf bundesstaatlicher Ebene eine solche Verankerung der Grundrechte allerdings noch nicht vorhanden war.

3. Die amerikanische Verfassung

Im Laufe der Zeit erkannte Madison durch seine verschiedenen politischen Mandate, dass eine *Bill of Rights* nur ein Mittel für einen effektiven Rechtsschutz darstellt, dies jedoch bei weitem nicht ausreichte. Dadurch, dass Beschränkungen der Legislative Rechtsverletzungen nicht verhindern würden, entwickelte er neue Theorien. Seine Lösungen - unter anderem ein *negative on state laws* - schlug er als weitere Maßnahmen während der Philadelphia Convention vor.

³⁹Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 35.

⁴⁰Bills for a Revised States Code of Laws, 31 October 1785, in: Papers of James Madison.

⁴¹Virginia Act for Establishing Religious Freedom

⁴² Madison, James, 1826: Letter to George Mason, July, 14, 1826, in: Papers of James Madison.

⁴³Virginia Act for Establishing Religious Freedom.

⁴⁴Rakove, Jack N, 1992: James Madison and the Bill of Rights: a Broader Context, in: Presidential Studies Quarterly, 22:4, 671.

3.1. Madisons Desillusion bezüglich der amerikanischen Politik

3.1.1. Das politische System der Staaten

In den Verfassungen der Staaten, die 1776 nach oder während der amerikanischen Unabhängigkeit verabschiedet wurden, konzentrierte sich die Staatsmacht in den Händen der Legislative, die in den meisten Staaten die Form von einer *Assembly* annahm. Das lässt sich dadurch erklären, dass die amerikanischen Kolonien jahrelang die Machtmissbräuche der Gouverneure der britischen Krone ertragen mussten. Von einer *Assembly*, dessen Mitglieder durch das Volk gewählt wurden, versprach man sich dagegen eine bessere Regierungsart.⁴⁵ Das Prinzip der Gewaltenteilung war zwar schon bekannt und auch in den meisten Verfassungen der Staaten verankert, jedoch entsprach die Praxis nicht der Theorie, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der materielle Inhalt der Begriffe Legislative, Exekutive und Judikative noch nicht definiert war.⁴⁶ So waren die Exekutive und die Judikative gegenüber der Machtkonzentration der Legislative, schwach. Die Eingriffe, die diese in ihren Bereichen vornahm, konnten sie somit nicht abwehren.⁴⁷ Besonders die Judikative war von diesen Eingriffen betroffen, da sich die Legislative die Freiheit nahm, unter anderem Gerichtsverfahren zu suspendieren, Urteile zu annullieren oder zu ändern. Was heute inakzeptabel erscheint, war damals Teil des Begriffs des "legislative Power". Getrieben von den Reformimpulsen der post-Revolutionszeit, verabschiedeten die *Assemblies* der verschiedenen Staaten Gesetze und unternahmen Reformen, die, wenngleich sie im Machtbereich der Legislative standen, aus heutiger Zeit eine Verfassungsänderung benötigen würden.⁴⁸ Die Erfahrung brachte jedoch im Laufe der Zeit ein steigendes Misstrauen gegenüber der Konzentration von Staatsmacht in den Händen einer einzigen Gewalt ans Licht. Das Bewusstsein stieg, dass die menschliche Natur fehlbar und verdorben sei und ordentliche Gerichtsverfahren sowie Schwurgerichtsverfahren zentrale Elemente seien, um die Sicherung der Grundfreiheiten der Bürger zu gewährleisten. Dieses Bewusstsein für die Rolle der Judikative stellt wahrscheinlich den größten Bruch der amerikanischen von der europäischen politischen Denkweise dar, da dort wie zum Beispiel in Frankreich und Großbritannien Legislative und Judikative weiterhin verflochten waren.⁴⁹

3.1.2. Die *Confederation of the United States*

Nicht nur die einzelnen Staaten sondern auch der *Congress of the Confederation* bereitete Schwierigkeiten. Nachdem die verschiedenen Staaten die Unabhängigkeitserklärung im *Continental Congress* verabschiedet hatten, wurden Artikel für eine *Confederation* ausgearbeitet. Nachdem sie durch die Staaten ratifiziert wurden, tagte der *Congress* zum

⁴⁵Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 45.

⁴⁶Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: The American Historical Review, 30:3, 514.

⁴⁷Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 45.

⁴⁸Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: The American Historical Review, 30:3, 514-518.

⁴⁹Dippel, Horst, 1996: The Changing Idea of Popular Sovereignty in Early American Constitutionalism: Breaking Away from European Patterns, in: Journal of Early Republic, 16:1, 30.

ersten Mal in seiner neuen Form am 2. März 1781.⁵⁰ Trotz dieser Artikel blieben die Vereinigten Staaten weiterhin nur ein Verbund von quasi-souveränen Staaten, der über keine Macht zur Zwangsausübung verfügte. Aus diesem Grund waren Nichteinhaltung von Vertragsklauseln sowie Rechtsverletzung von Staaten gegenüber dem *Congress* üblich.⁵¹ Ein weiteres Problem war, dass die Artikel der *Confederation* nicht auf die Individuen, sondern auf die Staaten Bezug nahmen. Folglich konnte der *Congress* auch in Bereichen, die ihm eigentlich zustanden, keine Gesetze erlassen, weil sie sonst die Individuen betroffen hätten. So war der Steuereinzug von Individuen logischerweise auch unmöglich.⁵² Durch die Staaten, die ihre Beiträge nicht unbedingt zahlten und die fehlende Möglichkeit, Sanktionen zu erlassen, war die *Confederation* dem Bankrott nahe.⁵³ Ferner war es theoretisch möglich, den Artikeln der *Confederation Amendments* hinzuzufügen. Voraussetzung dafür war aber, dass sie durch alle Staaten ratifiziert worden wären, was Vertragsveränderungen praktisch unmöglich machte.⁵⁴

Madison verfolgte diese Ereignisse und konsequenterweise auch die Schwierigkeiten des amerikanischen politischen Systems (die "Vices" wie er sie später nennen wird⁵⁵) durch seine verschiedenen Mandate aus erster Hand. Auf bundesstaatlicher Ebene war er Delegierter im *Congress of the Confederation*, und in Virginia, seinem Heimatstaat, war er erst Mitglied im *Virginia Council* und anschließend Delegierter in der *Virginia Assembly*. In allen Institutionen musste er erleben, wie schwierig es war, Gesetze durchzusetzen, die dem Allgemeinwohl dienten und auf lange Sicht nützlich waren. Sehr einfach schien es hingegen, kurzlebige Gesetze durchzubringen, die dem Eigeninteresse mancher Delegierter oder einem Teil der Bürger dienten.⁵⁶ Madison stellte fest, dass die Legislative in einer Republik, die in der Theorie, im Gegensatz zu einer Monarchie, die Freiheit und Grundrechte der Bürger garantieren sollte, dabei war, genau das Gegenteil zu beweisen. Seine Studie *Ancient and Modern Confederacies* zeigte ihm, dass *Confederations* fragile Kreationen waren, die meist in Handlungsunfähigkeit mündeten, was schließlich zu ihren Auflösungen führte. Ihm wurde bewusst, dass sich der *Congress of Confederation* seriösen Änderungen unterziehen musste, um nicht das gleiche Schicksal zu erleiden.⁵⁷ Madison suchte somit nach Lösungen, um eine langlebige *Confederation* zu errichten, die genügend Macht haben sollte, um die Legislative in den Staaten zu bündeln, dabei aber selber ein ausgeglichenes Mächteverhältnis aufweisen sollte.

⁵⁰ *Articles of Confederation*.

⁵¹ Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: *The William and Mary Quarterly*, 36:2, 220.

⁵² Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: *The American Historical Review*, 30:3, 527.

⁵³ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 37.

⁵⁴ Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: *The American Historical Review*, 30:3, 528.

⁵⁵ Madison, James, 1787: *Vices of the Political System of the United States*, in: *Papers of James Madison*.

⁵⁶ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 45.

⁵⁷ Madison, James, 1786: *Ancient and Modern Confederacies*, in: *Papers of James Madison*.

3.2. Madisons Lösungen

3.2.1. *Vices of the Political System of the United States*

Die Denkschrift *Vices of the Political System of the United States* ergänzte seine vorige Studie *Ancient and Modern Confederacies*. Letztere fasste die mittelbaren Erfahrungen, die Madison durch seine Lektüren angesammelt hatte, zusammen, wogegen die erste seine unmittelbaren politischen Erfahrungen schilderte.⁵⁸ Auch wenn sich Madison in seiner Schrift in den ersten Punkten auf die Probleme auf bundesstaatlicher Ebene und auf die Schwierigkeiten zwischen den einzelnen Staaten konzentrierte, befasste sich der größte Teil seiner Schrift mit den "Vices" innerhalb der Staaten, insbesondere mit der Ungerechtigkeit ihrer Gesetze.⁵⁹

Zuerst bemängelt Madison die fehlende *Compliance* der Staaten gegenüber der *Confederation*, die Eingriffe in dessen Machtbereich, sowie die wiederholten Rechtsverletzungen bundesstaatlicher Gesetze und internationaler Verträge. Anschließend kritisierte er die Unfähigkeit der Staaten, fair miteinander umzugehen und Gesetze im *Congress* zu beschließen, die dem allgemeinen Interesse der Vereinigten Staaten von Amerika dienen würden. Am meisten bedauerte er jedoch die fehlende Macht des *Congress* zur Zwangsausübung. Dadurch sei es unmöglich, Gesetze des *Congress* in den einzelnen Staaten durchzusetzen. In den vergangenen Jahren sei offensichtlich geworden, dass dies nicht auf freiwilliger Basis geschehe.

Nach der Erläuterung dieser Punkte, widmete er sich den Problemen innerhalb der Staaten:

"In developing the evils which viciate the political system of the U. S. it is proper to include those which are found within the States individually, as well as those which directly affect the States collectively, since the former class have an indirect influence on the general malady and must not be overlooked in forming a compleat remedy."⁶⁰

Madison bemängelte die "multiplicity" an Gesetzen in allen Staaten. Wenn eine gewisse Anzahl an nötigen und nützlichen Gesetzen erreicht sei, wären weitere Gesetze nur eine Belastung für die Bürger. Eng damit verknüpft sei die "mutability" der Gesetze, die die Bösartigkeit der Gesetzgebung der Staaten unterstreichen würde. In der Wirtschaft sei diese "mutability" nicht nur für amerikanische Bürger eine Last, sondern auch für Ausländer. Doch das größte Übel sei die "injustice" der Gesetze innerhalb der Staaten, weil sie das fundamentale Prinzip einer Republik in Frage stelle, nämlich, dass die Mehrheit der sicherste Garant für das Allgemeinwohl und die Grundrechte sei. Gründe dafür fänden sich bei den Delegierten, die sich nicht für das Allgemeinwohl, sondern aus Ehrgeiz und Eigeninteresse wählen lassen würden. Noch größer sei der negative Einfluss in der Bevölkerung selbst, und zwar in Form von Interessengruppen und *Factions*, die man in jeder modernen Gesellschaft vorfinden würde. Unter *Faction* verstand er: "[A] number of citizens, whether amounting to a majority or minority of the whole, who are united and actuated by some common impulse of passion, or of interest, adverse to the rights of other citizens, or to

⁵⁸Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quaterly, 36:2, 220.

⁵⁹Madison, James, 1787: Vices of the Political System of the United States, in: Papers of James Madison.

⁶⁰Ebd.

the permanent and aggregate interests of the community."⁶¹ Problematisch sei, dass, sobald ein gemeinsames Interesse eine Mehrheit vereinigen würde, es keine effektiven Schranken gebe, um Grundrechtsverletzungen zu verhindern oder die Interessen von Minderheiten und Individuen zu schützen. Daraufhin stellte Madison fest, dass Grundrechtsverletzungen eher auf kleinen Gebieten vorkommen würden, weil dort Mehrheiten und somit *Factions* besser zu finden seien. Dagegen seien auf großen geographischen Gebieten Grundrechte weniger in Gefahr, weil die Gesellschaft und dadurch auch die Vielfalt der Interessen größer seien. Eine Mehrheit sei konsequenterweise schwieriger zu finden und die Wahrscheinlichkeit von Grundrechtsverletzungen niedriger. Er plädierte somit für eine geographisch große Republik. Diese würde zudem den Vorteil haben, dass bei einer Wahl mehr Menschen mit noblem Charakter zur Verfügung stünden, da die Menge entsprechend größer wäre. Madison bewies somit, dass eine Republik nicht auf der Tugendhaftigkeit von Bürgern aufbauen müsse, sondern eine bundesstaatliche Regierung die Freiheit und Grundrechte der Individuen besser schützen könne als einzelne Staaten.⁶²

3.2.2. Das *Negative on State Laws* und das Zwei-Kammer-System

Am 16. April 1787 schrieb Madison dem späteren Präsidenten George Washington einen Brief, in dem er ihm seine Ideen schilderte. Madison befürwortete nicht nur eine bundesstaatliche Regierung, sondern wollte dieser auch die oberste Gewalt geben, sodass die bundesstaatlichen Gesetze Vorrang gegenüber denen der Staaten haben würden. Dieser Vorrang solle nicht nur auf allen Gebieten gelten, die schon der *Congress of Confederation* für sich in Anspruch nahm, sondern auch auf allen Gebieten, in denen Einheitlichkeit erforderlich sei, wie z.B. bei Steuern.⁶³

Die bundesstaatliche Regierung solle aber nicht nur einen Vorrang in der Gesetzgebung und ein Recht zur Zwangsausübung haben, sondern auch ein Vetorecht auf Gesetze der Staaten haben, also ein "negative in all cases whatsoever on the legislative acts of the States".⁶⁴ Diese Idee entnahm er der Britischen Krone, die vor der Revolution eine "kingly prerogative" besaß. Dieses königliche Vorrecht erlaubte der Britischen Krone Gesetze der Kolonialgesetzgeber zu überprüfen und diejenigen abzuerkennen, die gegen die allgemeinen Interessen des Königreichs verstießen.⁶⁵ Durch dieses "defensive power" erhoffte sich Madison, dass die bundesstaatliche Regierung die Möglichkeit haben würde, den Eingriffen der Staaten in die föderalen Bereiche zu trotzen. Ohne dies würde auch die neue Regierung den Übeln des *Congress of Confederation* unterliegen.⁶⁶

Dieses *Negative on State Laws* würde nicht nur dabei helfen, den Vorrang der bundesstaatlichen Regierung aufrecht zu erhalten, sondern den positiven Nebeneffekt haben, die innerstaatlichen Angelegenheiten zu kontrollieren. Die "multiplicity", "mutability" und "injustice" der innerstaatlichen Gesetze wären somit gebändigt und die dreizehn quasi

⁶¹ Madison, James, 1787: The Federalist No. 10, in: Papers of James Madison.

⁶² Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 49.

⁶³ Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 51; Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quaterly, 36:2, 219.

⁶⁶ Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison.

unabhängigen Republiken in eine große Republik umwandelt.⁶⁷ Dieser umstrittene Vorschlag, dessen Annahme durch den Staaten nur schwer vorstellbar war, erschien Madison als unabdingbar und als die beste Lösung, um die Legislative der Staaten einzugrenzen und folglich die Grundrechte zu schützen, die er innerhalb der Staaten in Gefahr sah.

Doch auch auf bundesstaatlicher Ebene müsse die Legislative eingegrenzt werden, wenn ihr mehr Macht überschrieben würde, als es im *Congress* der Fall war. Er erkannte, dass die zwei weiteren Gewalten, Judikative und Exekutive, zwar vor der Legislative geschützt werden müssten, jedoch war er der Meinung, dass beide zu schwach wären, um die Legislative zu kontrollieren.⁶⁸ Die Legislative müsse sich somit selbst kontrollieren. Dies wäre dadurch möglich, dass sie selbst in zwei Kammern unterteilt werden würde. Die eine würde jedes Jahr vom Volk oder der Legislative der Staaten gewählt werden, die andere solle eine längere Legislaturperiode haben und mehrheitlich aus älteren Mitgliedern bestehen. Diese Kammer solle auch über das *Negative on State Laws* verfügen.⁶⁹

3.3. Die Philadelphia Convention

James Madison nahm schon an der *Annapolis Convention* im September 1786 teil, die Virginia organisierte. Diese hatte das Ziel, dem *Congress* die nötigen Mittel zu geben, um den amerikanischen Handel zu regulieren. Jedoch kamen nur 12 Delegierte aus fünf Staaten. Sie machten das Beste aus der Situation und beschlossen, einen Bericht zu erarbeiten, der die Staaten dazu aufrief, Delegierte zu einer allgemeinen *Convention* zu ernennen, die im Mai 1787 in Philadelphia stattfinden sollte. Der Bericht wurde von den Staaten angenommen und der Termin für die *Convention* auf den 14. Mai gesetzt.⁷⁰ Durch seine Studien und seine Analyse des amerikanischen politischen Systems kam kein Delegierter besser vorbereitet zur *Philadelphia Convention* als James Madison und keiner der 55 Delegierten leistete einen größeren Beitrag zur Verfassung als er. Er war der festen Überzeugung, er hätte die Lösungen gefunden, um die "Vices" des amerikanischen politischen Systems zu beheben.⁷¹

3.3.1. Der Virginia Plan

Madison kam schon am 3. Mai 1787 in Philadelphia an. Da Reisen zu dieser Zeit schwierig waren, fing die *Philadelphia Convention* effektiv erst am 25. Mai an, als Delegierte von sieben Staaten präsent waren. Während dieser Zeit skizzierte Madison den *Virginia Plan*, den er anschließend seinen Kollegen aus Virginia unterbreitete.⁷² Madison favorisierte von Anfang an eine neue Verfassung und nicht nur eine Überarbeitung der *Articles of Confederation*, um einen souveränen Bundesstaat mit Hoheitsgewalt zu errichten, was er

⁶⁷ Hobson, Charles F, 1979: *The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government*, in: *The William and Mary Quarterly*, 36:2, 221, 226.

⁶⁸ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 50-51.

⁶⁹ Madison, James, 1787: *Letter to George Washington*, April, 16, 1787, in: *Papers of James Madison*.

⁷⁰ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 40-43, 53.

⁷¹ Ebd., 52-53; Wood, Gordon S, 1998: *Creating the Republic 1776-17787*, The University of North Caroline Press, 2. Auflage, 472.

⁷² Brant, Irving, 1970: *The Fourth President. A Life of James Madison*, London, 147.

seinen Kollegen George Washington und Edmund Randolph auch mitteilte und auch in den ersten Punkten seiner Skizze einbrachte.⁷³ Doch Randolph teilte diese Meinung nicht, weswegen der *Virginia Plan* mit folgendem ersten Punkt versehen wurde, obwohl mit den weiteren Punkten effektiv eine neue bundesstaatliche Regierung entstehen würde: "Resolved that the Articles of Confederation ought to be so corrected & enlarged as to accomplish the objects proposed by their institution; namely, "common defence, security of liberty and general welfare."⁷⁴ Auch wenn der *Virginia Plan* nicht nur das Werk von Madison war, sondern auch seiner Kollegen aus Virginia, enthielt er alle Prinzipien, die Madison schon Washington und Randolph in seinen Briefen vorgestellt hatte.⁷⁵

Der Entwurf bestand aus 15 Punkten, die zusammen gesehen eine ausbalancierte bundesstaatliche Regierung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive darstellten, in der keine Gewalt mehr Macht als die andere haben sollte, die also mit *checks and balances* ausgestattet werden sollte.⁷⁶ Der Plan sah eine Legislative vor, die aus zwei Kammern bestehen sollte, die erste vom Volk gewählt, die zweite von der ersten Kammer. Das Repräsentationsprinzip solle dabei entweder proportional zu dem Beitrag sein, den die Staaten zahlen würden oder zur freien Bevölkerung. Die Machtbefugnisse der Legislative sollten alle Gebiete umfassen, in denen die einzelnen Staaten keine Gesetzgebungskompetenz hätten oder die eine Einheitlichkeit erforderten. Sie würden somit gegenüber denen des *Congress* erweitert werden. Jedoch blieb der *Virginia Plan* unklar, was die genaue Bezeichnung der Machtbefugnisse anging:

"[T]hat the national Legislature ought to be empowered to enjoy the Legislative Rights vested in Congress by the Confederation & moreover to legislate in all cases to which the separate States are incompetent, or in which the harmony of the United States may be interrupted by the exercise of individual Legislation; to negative all laws passed by the several States, contravening in the opinion of the National Legislature the articles of Union; and to call forth the force of the Union agst. any member of the Union failing to fulfill its duty under the articles thereof."⁷⁷

Was das *Negative on State Laws* der Legislative anging, konnte sich Madison nicht durchsetzen. Statt einem "negative in all cases whatsoever"⁷⁸, wurde der *Negative* auf verfassungswidrige Gesetze der Staaten beschränkt. Dieses Zugeständnis von Madison war wahrscheinlich nötig, um die Unterstützung aller Delegierten aus Virginia für den *Plan* zu bekommen.⁷⁹ Außerdem sollte eine bundesstaatliche Exekutive durch die bundesstaatliche Legislative ernannt werden, sowie eine bundesstaatliche Judikative errichtet werden, die aus einem oder mehreren obersten Gerichten und weiteren untergeordneten Gerichten bestehen sollte. Ferner wird im *Virginia Plan* der Begriff *Council of Revision* näher erläutert, den

⁷³Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison; Madison, James, 1787: Letter to Edmund Randolph, April, 8, 1787, in: Papers of James Madison; Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 147.

⁷⁴Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 147; *Virginia Plan*, in: Papers of James Madison.

⁷⁵Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 55.

⁷⁶*Virginia Plan*, in: Papers of James Madison.

⁷⁷*Virginia Plan*, in: Papers of James Madison.

⁷⁸Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison.

⁷⁹Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quaterly, 36:2, 226.

Madison schon in seinem Brief an Washington erwähnt hatte.⁸⁰ Dieser sollte aus der Exekutive und aus Mitgliedern der Judikative bestehen und die Aufgabe haben, jedes Gesetz sowie jedes *Negative* der Legislative zu überprüfen, bevor es in Kraft treten würde. Dieser *Council* war nicht weit entfernt von der späteren Normenkontrolle (*Judicial Review*), mit dem Unterschied, dass diese erst nach Inkrafttreten von Gesetzen relevant wird, wohingegen der *Council* schon vor dem Inkrafttreten agierte. Weiter wurde eine republikanische Regierungsform in jedem Staat gefordert. Deren Judikative, Exekutive und Legislative sollte an die neuen Artikeln des Bundesstaates gebunden sein. Zudem verlangte der *Virginia Plan*, dass die neuen Artikel, nachdem ihnen der *Congress* zugestimmt habe, durch *States Conventions* ratifiziert werden sollten, deren Mitglieder durch das Volk gewählt werden würden. Die neue bundesstaatliche Regierung sollte also nicht auf den Staaten, sondern auf dem Volk aufbauen, was ihr im Sinne von Madison eine höhere Autorität geben würde.⁸¹

Zusammengefasst sollte die Legislative auf bundesstaatlicher Ebene durch eine effektive Gewaltenteilung, einem Zwei-Kammer-System und einem *Council of Revision*, eingeschränkt werden. Hinzu kam das *Negative on State Laws*, das der bundesstaatlichen Regierung erlauben würde, die Legislative in den Staaten zu bündeln.

3.3.2. Lösungen der *Philadelphia Convention*

Edmund Randolph, der Gouverneur von Virginia, präsentierte den *Virginia Plan* am 29. Mai 1787. Doch Gouverneur Morris aus Pennsylvania merkte an, dass der erste Punkt den folgenden widersprechen würde. Man könne keine neue, souveräne bundesstaatliche Regierung errichten, indem man nur die *Articles of Confederation* erweitere. Aus diesem Grund griff Randolph zur ursprünglichen Formulierung des *Virginia Plan*, die von Madison stammte: "Resolved, That a national Government ought to be established, consisting of a supreme Legislative, Executive and Judiciary."⁸² Die Delegierten waren somit bereit, die Artikel der *Confederation* zu verwerfen und befürworteten den wesentlichen Inhalt von Madisons Vorschlägen, die im *Virginia Plan* verankert wurden.⁸³ Eine effektive Gewaltenteilung wurde durch die ersten drei Artikel der Verfassung eingeführt, die jeweils die Befugnisse jeder Gewalt erläuterten. Auch sein Zwei-Kammer-System mit einer ersten Kammer, dessen Mitglieder durch das Volk gewählt sein würden, wurde mehrheitlich angenommen und im ersten Artikel verankert.⁸⁴ Madisons Vorschlag des proportionalen Repräsentationsprinzips wurde zwar in der ersten Kammer (dem *House*) angenommen, jedoch nicht in der zweiten (dem *Senat*).⁸⁵ Ganz im Sinne des 15. Punktes des *Virginia Plan*, würde die Verfassung durch *State Conventions*, also durch das Volk, ratifiziert werden und nicht durch die Legislative der einzelnen Staaten.⁸⁶

⁸⁰Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison.

⁸¹Wood, Gordon S, 1998: Creating the Republic 1776-17787, The University of North Caroline Press, 2. Auflage, 532.

⁸²Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 147-148.

⁸³Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quaterly, 36:2, 226.

⁸⁴Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 150; The Constitution of the United States.

⁸⁵ Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 172-173.

⁸⁶Ebd., 153.

Doch besonders in einem Punkt ging die *Philadelphia Convention* nicht so weit, wie es sich Madison gewünscht hätte und zwar in Bezug auf das *Negative on State Laws*, dessen Wirkung im *Virginia Plan* schon an Kraft verloren hatte. Am 17. Juni wurde das Veto von der *Philadelphia Convention* mit sieben zu drei Stimmen abgelehnt. Die Niederlage für seine Kernlösung musste für Madison umso schmerzhafter sein, da er in der gleichen Woche den Kampf um das proportionale Repräsentationsprinzip im Senat verloren hatte. Viele waren der Meinung, dass Bürger wahrscheinlich nicht eine Verfassung akzeptieren würden, die die Macht der Legislative ihrer Staaten auf nahezu Null reduzieren würde. Ferner stellte sich die Frage, ob die bundesstaatliche Legislative überhaupt in der Lage sein würde, dieses Veto auszuüben. Es schien schwierig für Delegierte von Georgia, über ein Gesetz zu entscheiden, das in New Hampshire in Kraft treten sollte. Doch der wichtigste Einwand gegenüber dem Veto war die offensichtliche Unmöglichkeit, es auch tatsächlich umzusetzen. Der *Congress* würde sehr viel Zeit damit verbringen, die Gesetze der Staaten zu überprüfen und hätte nicht mehr ausreichend Freiraum für andere Aufgaben. Madison hatte zwar Einwände gegen seinen Vorschlag erwartet, doch er war besser darin, die theoretischen Vorteile seines Vetos zu verteidigen, als zu erklären, wie es in der Praxis funktionieren würde. Eine andere Möglichkeit war für ihn, das *Negative* nur dem Senat zu geben, doch auch dies schien schwierig. Eine durchführbare Alternative wäre gewesen, dass die bundesstaatliche Regierung die Gouverneure der Staaten ernennen und diese dann das Veto auf die Gesetze der Staaten ausüben würden. Diese Alternative erinnerte jedoch zu sehr an die Methoden der britischen Krone, was das *Negative* nicht attraktiver machte. Aus diesem Grund wurde dieser Vorschlag von Madison Mitte Juni endgültig begraben.⁸⁷ Jedoch waren sich Madisons Kollegen auf der *Convention* einig, dass die Staaten eine untergeordnete Funktion gegenüber dem Bundesstaat haben und kontrolliert werden sollten. Die Mehrheit war jedoch der Meinung, dass diese Kontrolle von der Judikative ausgeübt werden sollte. Ein *Negative* wäre unnötig, wenn die Richter der einzelstaatlichen Gerichte verfassungswidrige Gesetze der Staaten für ungültig erklären könnten. Ergebnis dieser Diskussion ist die *Supreme Law* - Klausel des sechsten Artikels der Verfassung⁸⁸:

"This Constitution, and the Laws of the United States which shall be made in Pursuance thereof; and all Treaties made, or which shall be made, under the Authority of the United States, shall be the supreme Law of the Land; and the Judges in every State shall be bound thereby, any Thing in the Constitution or Laws of any State to the Contrary notwithstanding."⁸⁹

Madison unterstützte auch diesen Vorschlag, da er den Vorrang der Verfassung, der Bundesgesetze sowie der internationalen Verträge verankerte. Jedoch erschien ihm diese Lösung gegenüber seinem *Negative* deutlich schwächer.⁹⁰

Nicht nur das *Negative on State Laws* wurde begraben, sondern auch der *Council of Revision*. Am 21. Juni machten Madison und Wilson einen erneuten Versuch, die Delegierten zu überzeugen. Doch auch dieser mündete in eine Niederlage. Sie konnten sich nicht gegen den Einwand der Delegierten durchsetzen, dass es unangemessen wäre, Richter im Gesetzgebungsprozess einzubinden. Viele Delegierte waren der Meinung, es

⁸⁷Hobson, Charles F, 1979: *The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government*, in: *The William and Mary Quaterly*, 36:2, 227.

⁸⁸Ebd., 228.

⁸⁹*The Constitution of the United States*.

⁹⁰Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 63.

wäre effektiver, wenn Richter verfassungswidrige Gesetze für ungültig erklären würden.⁹¹ So entstand der dritte Artikel der Verfassung (*The Judicial Branch*), der (zusammen mit dem *Judiciary Act of 1789*) implizierte, dass der Supreme Court die ultimative Verteidigungslinie des Bundesstaates werden würde. Die "Supremacy Clause" des sechsten Artikels, der dritte Artikel sowie der zehnte Abschnitt des ersten Artikels (*Powers prohibited of States*), der alle Bereiche auflistete, in denen die Staaten keine Gesetzgebungskompetenz besitzen, bildeten den Ersatz für Madisons *Negative on State Laws*.⁹² Somit wurde die Grundlage für das spätere *Judicial Review* geschaffen.

Um die Exekutive zu stärken und ihr einen weiteren *Check* gegenüber der Legislative zu geben, unterstützte Madison auch ein qualifiziertes Veto des Präsidenten, der im siebten Abschnitt des ersten Artikel der Verfassung verankert wurde (*Presidential Veto*).⁹³

Allgemein gesehen ist Madisons Beitrag zur amerikanischen Verfassung, besonders was ihre Grundprinzipien angeht, bedeutend: "Madison's fundamental contribution was the concept of national supremacy und local autonomy in a federal republic ruled by the people, with checks and balances to guard against legislative or executive tyranny and against impetuous legislation."⁹⁴ Obwohl nicht alle seine Lösungen zur Beschränkung der Legislative und zum Schutz der Grundrechte durch die *Philadelphia Convention* angenommen wurden - insbesondere nicht das *Negative on State Laws* - unterstützte Madison die ausgearbeitete Verfassung, unter anderem durch die *Federalist Papers* und in der *Virginia Ratifying Convention*, und bestätigte dadurch, dass er jede Möglichkeit, die einen Schutz der Grundrechte bot, förderte.

3.4. Das *Judicial Review*

Das Prinzip des später genannten *Judicial Review* war nicht in der Verfassung verankert, da die Delegierten der *Philadelphia Convention* die ausdrückliche Idee, dass der Supreme Court ein verfassungswidriges Gesetz für nichtig erklären könnte, zurückwies.⁹⁵ Die Idee dahinter existierte jedoch schon vor der *Convention*. Es war Hamilton, der als Anwalt von Waddington in der Entscheidung *Rutgers v. Waddington* im Jahre 1784 als erster diese Idee aufbrachte.⁹⁶

"Judges of each State must of necessity be judges of United States. And the law of each State must adopt the law of Congress. Though in relation to its own Citizens local laws might govern, yet in relation to foreigners those of United States must prevail. It must be conceded Leg. of one State cannot repeal law of United States. All must be construed to Stand together!"⁹⁷

⁹¹Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 65.

⁹²Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quaterly, 36:2, 228-229.

⁹³Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 152; *The Constitution of the United States*.

⁹⁴Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 197.

⁹⁵Dippel, Horst, 1996: The Changing Idea of Popular Sovereignty in Early American Constitutionalism: Breaking Away from European Patterns, in: Journal of Early Republic, 16:1, 42.

⁹⁶Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: The American Historical Review, 30:3, 529-530.

⁹⁷McLane Hamilton, Allan, 1910: The Intimate Life of Alexander Hamilton, New York.

Die Entscheidung erklärte, dass Gesetze der einzelnen Staaten, die in Konflikt mit einem Vertrag der Vereinigten Staaten stehen würden, nichtig seien. Es wurde der Präzedenzfall zu der Entscheidung *Marbury v. Madison*.⁹⁸

Hamilton war der festen Überzeugung, dass die Unabhängigkeit der Gerichte im neuen amerikanischen System unabdingbar war. Wenn der Legislative durch die Verfassung bestimmte Machtbereiche zugeschrieben worden waren, musste eine Instanz entscheiden können, wann diese überschritten wurden. Hamilton war überzeugt, dass dies nur die Gerichte konnten und ihnen somit die Aufgabe zufiel, verfassungswidrige Gesetze für nichtig zu erklären, was er in seinem Federalist No. 78 erläuterte:

"The complete independence of the courts of justice is peculiarly essential in a limited constitution. By a limited constitution I understand one which contains certain specified exceptions to the legislative authority; such for instance as that it shall pass no bills of attainder, no ex post facto laws, and the like. Limitations of this kind can be preserved in practice no other way than through the medium of the courts of justice; whose duty it must be to declare all acts contrary to the manifest tenor of the constitution void."⁹⁹

Die Grundidee hinter diesem Meilenstein im amerikanischen Konstitutionalismus war die Einschränkung der Legislative und der Transfer der höchsten Autorität innerhalb der Verfassung an die Gerichte. Diese Einschränkung der Volkssouveränität durch ein richterliches Prüfungsrecht war jedoch am Ende der 1780er Jahre keinesfalls allgemein akzeptiert. Der *Supreme Court* sprach sich erst 1803 in der Entscheidung *Marbury v. Madison* zu der Verfassungsmäßigkeit eines bundesstaatlichen Gesetzes aus. Zu dieser Zeit wurde das Konzept, dass ein verfassungswidriges Gesetz nichtig sein sollte, kaum mehr bezweifelt, jedoch war die Frage, wer diese Verfassungswidrigkeit aussprechen sollte, noch nicht geklärt.¹⁰⁰ Chief Justice John Marshall lieferte die Antwort, er fasste die Diskussion zum *Judicial Review* folgendermaßen zusammen:

"The Constitution is either a superior, paramount law, unchangeable by ordinary means, or it is on a level with ordinary legislative acts, and, like other acts, is alterable when the legislature shall please to alter it. If the former part of the alternative be true, then a legislative act contrary to the Constitution is not law; if the latter part be true, then written Constitutions are absurd attempts on the part of the people to limit a power in its own nature illimitable."¹⁰¹

Es seien die Gerichte, die durch Auslegung entscheiden müssten, welches Gesetz vorrangig sei, wenn zwei Gesetze kollidieren würden, und damit, ob ein Gesetz verfassungswidrig sei. Das sei die wesentliche Aufgabe der Judikative. Da die Verfassung gegenüber allen anderen Gesetzen vorrangig sei, dürfe ein verfassungswidriges Gesetz auch nicht gültig sein. Ansonsten würden das Prinzip einer Verfassung und der Versuch des Volkes, dadurch die Gewalten einzuschränken, keinen Sinn machen, weil sonst letztere keine Grenzen hätten. Es würde sich aus der Verfassung ergeben, dass die Gründungsväter der Judikative die Aufgabe gegeben hätten, ein Gesetz für nichtig zu erklären:

⁹⁸<http://www.nycourts.gov/history/legal-history-new-york/legal-history-eras-02/history-new-york-legal-eras-rutgers-waddington.html>.

⁹⁹Hamilton, Alexander, 1788: The Federalist No. 78, in: Papers of Alexander Hamilton.

¹⁰⁰Dippel, Horst, 1996: The Changing Idea of Popular Sovereignty in Early American Constitutionalism: Breaking Away from European Patterns, in: Journal of Early Republic, 16:1, 43.

¹⁰¹*Marbury v. Madison* - Entscheidung, 177.

"Thus, the particular phraseology of the Constitution of the United States confirms and strengthens the principle, supposed to be essential to all written Constitutions, that a law repugnant to the Constitution is void, and that courts, as well as other departments, are bound by that instrument."

Das Konzept des *Judicial Review*, beziehungsweise das Institut der Normenkontrolle war geboren. Obwohl die Entscheidung *Marbury v. Madison* auf Kritik stieß, wurde das *Judicial Review* im Laufe der Zeit zu einem wesentlichen Bestandteil des modernen Konstitutionalismus. Das Konzept wurde nicht nur in der Vereinigten Staaten akzeptiert sondern auch außerhalb, wie zum Beispiel in Deutschland.¹⁰²

Erst im Jahr 1803 konnte Madison also feststellen, wie viel Macht die Judikative für sich in Anspruch nahm, und dass sie nun unstrittig in der Lage war, die Legislative zu kontrollieren.

4. Die *Bill of Rights*

Es soll nun zuletzt analysiert werden, inwiefern James Madison als Vater der *Bill of Rights* betrachtet werden kann. Obwohl er keine Notwendigkeit im technischen Sinn für eine *Bill of Rights* sah, weil sie seiner Meinung nach nicht in der Lage war die Legislative einzuschränken, schrieb er ihr einen politischen und symbolischen Wert zu, insbesondere für die Bevölkerung.

4.1. Madisons Weg zur *Bill of Rights*

Ein paar Wochen nach Ende der *Philadelphia Convention* schickte Madison seinem Freund Jefferson, der zu diesem Zeitpunkt als Diplomat in Paris war, eine Kopie der ausgehandelten Verfassung.¹⁰³ In diesem Brief verteidigte er weiterhin seinen Vorschlag des *Negative on State Laws*, das seiner Meinung nach immer noch die beste Lösung war, um die Grundrechte der Bürger zu schützen.¹⁰⁴ Jefferson befürwortete in einem Brief am 20. Dezember 1787 die Hauptpunkte der Verfassung, wie zum Beispiel die Organisation der Regierung in drei Gewalten oder die Befugnis der Legislative, Steuern auf Individuen zu erheben. Allerdings sah er auch negative Punkte, insbesondere das Fehlen einer *Bill of Rights* und somit die Verankerung fundamentaler Grundrechte, wie die Religionsfreiheit, Pressefreiheit oder das Recht auf *trial by jury*. Thomas Jefferson beharrte darauf, dass "a bill of rights is what the people are entitled to against every government on earth, general or particular, and what no just government should refuse."¹⁰⁵ Tatsächlich ist während der *Philadelphia Convention* eine *Bill of Rights* quasi nicht erwähnt worden. Erst als sie zu Ende ging, reichten George Mason und Elbridge Gerry einen Antrag für eine *Bill of Rights* ein, der jedoch zurückgewiesen wurde. Begründung dafür war, dass der Fokus der Delegierten darauf lag, dem neuen Bundesstaat genügend Machtbefugnisse zu geben, um ihn

¹⁰²Dippel, Horst, 1996: The Changing Idea of Popular Sovereignty in Early American Constitutionalism: Breaking Away from European Patterns, in: Journal of Early Republic, 16:1, 43.

¹⁰³Koch, Adrienne, 1964: Jefferson & Madison. The Great Collaboration, New York, 36-39.

¹⁰⁴Madison, James, 1787: Letter to Thomas Jefferson, October, 24, 1787, in: Papers of James Madison.

¹⁰⁵Jefferson, Thomas, 1787: Letter to James Madison, December, 20, 1787, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826, Volume 1, New York.

funktionsfähig zu machen und nicht auf den Rechten, die der Bundesstaat den Bürgern geben würde.¹⁰⁶

Wie viele *Federalists* befürchtete Madison jedoch, dass der Ruf nach einer *Bill of Rights* das Tor für weitere, radikalere *Amendments* öffnen würde und die Verfassung in ihren Kernpunkten verändern würde.¹⁰⁷

Das Fehlen einer *Bill of Rights* wurde in der Tat zum Steckenpferd der *Antifederalists*, den Gegnern der Verfassung während der Ratifizierungskampagne. Es war ein Punkt, in dem sie sich alle einig waren und der für die Bevölkerung ansprechend war. Sie nutzten dies somit als zentralen Punkt ihrer Kampagne gegen die Verfassung, in der Hoffnung, die Verfassung zu kippen oder eine zweite *Convention* zu erlangen, in der sie die Machtbefugnisse der neuen Bundesregierung hätten unterbinden können.¹⁰⁸

Die Verfassung würde erst in Kraft treten, wenn neun der dreizehn Staaten sie ratifizierten.¹⁰⁹ Anfang Februar des Jahres 1788 hatten sechs Staaten die Verfassung ratifiziert. Nur in Massachusetts mussten die Anhänger der Verfassung eine Mehrheit an *Antifederalists* überwinden.¹¹⁰ Das Ergebnis davon war der *Massachusetts Compromise*, der bedeutete, dass die Staaten ihre Ratifizierung nicht von einer *Bill of Rights* des ersten *Congress* abhängig machten, ihm aber Empfehlungen für *Amendments* gaben.¹¹¹ In fünf weiteren Staaten (Virginia, North Carolina, New Hampshire, New York und Rhode Island) war das Risiko einer Niederlage nicht ausgeschlossen.¹¹² Schließlich schickten auch die Staaten von New Hampshire, New York und Virginia, in dem Madison Mitglied der *Ratifying Convention* war, dem ersten *Congress* Empfehlungen nach dem Massachusetts Modell. Somit kann festgestellt werden, dass es zum Inkrafttreten der Verfassung nur kam, weil die entscheidenden Staaten die Ratifizierung im Gegenzug für ein Versprechen akzeptierten, nämlich der Hinzufügung einer *Bill of Rights* in Form von *Amendments*.¹¹³ Als die Verfassung schließlich in Kraft trat, wurde die Befürchtung Madisons, dass radikalere *Amendments* mit der *Bill of Rights* Einzug finden könnten, entkräftet und so zog er eine *Bill of Rights* ernster in Erwägung. Dabei hat sicher seine schwierige Kampagne zum ersten *House of Representatives*¹¹⁴ eine Rolle gespielt, in der er gegen James Monroe, einem *Antifederalist*, antrat. Hauptthema der Kampagne war konsequenterweise das Fehlen einer *Bill of Rights* in der Verfassung. Die *Antifederalists* verbreiteten ziemlich schnell Gerüchte, Madison sei gegen eine *Bill of Rights* und würde keine *Amendments* unterstützen, die weitere Grundrechte schützen würden.¹¹⁵ In der Tat war Madison persönlich immer noch der Meinung, die Verfassung brauche keine *Bill of Rights*. Dies schilderte er auch Jefferson in einem Brief am 17. Oktober 1788:

"My own opinion has always been in favor of a bill of rights; provided it be so framed as not to imply powers not meant to be included in the enumeration. At

¹⁰⁶ Gerber, Scott D, 1996: Roger Sherman and the Bill of Rights, in: *Polity*, 28:4, 522-523.

¹⁰⁷ Rakove, Jack N, 1992: James Madison and the Bill of Rights: a Broader Context, in: *Presidential Studies Quarterly*, 22:4, 673.

¹⁰⁸ Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 116-117.

¹⁰⁹ *The Constitution of the United States*, Article VII.

¹¹⁰ Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 74.

¹¹¹ Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford, 58.

¹¹² Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 74.

¹¹³ Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 117.

¹¹⁴ Im weiteren mit der Abkürzung *House* bezeichnet.

¹¹⁵ Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford, 158.

the same time I have never thought the omission a material defect, nor been anxious to supply it even by *subsequent* amendment, for any other reason than that it is anxiously desired by others. I have favored it because I supposed it might be of use, and if properly executed could not be of disservice."¹¹⁶

Er zählte Jefferson vier verschiedene Gründe auf, wieso er eine *Bill of Rights* nicht für wichtig hielt. Erstens teilte er die Meinung vieler *Federalists*, die behaupteten, dass der Bundesregierung nur eine gewisse Anzahl an Machtbefugnissen erteilt wurden und somit die in Frage kommenden Grundrechte "reserved" seien, da keine Vorschrift ihr erlaube, auf Grundrechte einzuwirken. Zweitens befürchtete Madison, dass die positive Feststellung der entscheidenden Grundrechte nicht die erforderliche Bandbreite haben würde und sich ihre Wirkung dadurch reduzieren würde. Drittens würden die eingegrenzten Machtbefugnisse der Bundesregierung und die "jealousy" der einzelnen Staaten gegenüber der Bundesregierung den Grundrechten eine Sicherheit geben, die es innerhalb der Staaten nicht gab. Sein entscheidender Punkt war aber der gleiche, der ihn zum *Negative on State Laws* geführt hatte: Die Erfahrung habe gezeigt, dass eine *Bill of Rights* unnötig sei, und nicht mehr Schutz als "parchment barriers" bringen würde, wenn es darum gehe, Grundrechtsverletzungen zu verhindern. In der Tat seien grundrechtswidrige Gesetze nur schwer von der Gesetzgebung abzuwenden, wenn die Mehrheit der Bürger diese durchsetzen wollen.¹¹⁷ Den technischen Wert einer *Bill of Rights* sah Madison folglich nicht. Nichtsdestotrotz war Madison ein pragmatischer Politiker, der erkannte, dass vom *Congress* vorgeschlagene *Amendments* die Grundrechte sichern und sehr wahrscheinlich eine zweite *Convention* verhindern würden.¹¹⁸ Er war somit einer der ersten *Federalists*, die den politischen Wert einer solchen *Bill of Rights* erkannte.¹¹⁹ Durch seine Kampagne stellte er außerdem fest, dass das Fehlen einer *Bill of Rights* die Bevölkerung wirklich beunruhigte und er, um den Wahlkampf gegen Monroe zu gewinnen, seine Position gegenüber einer *Bill of Rights* verdeutlichen musste. Letztere hatte also nicht nur einen politischen sondern auch einen symbolischen Wert. So fing er an, durch öffentliche Briefe kundzugeben, dass er *Amendments* unterstütze und gab das Wahlversprechen ab, er würde eine *Bill of Rights* im ersten *Congress* aktiv unterstützen, wenn er gewählt werden würde. Als dies schließlich am 2. Februar 1789 erfolgte, stand ihm eine seiner größten Herausforderungen bevor.

4.2. Madison als Vater der *Bill of Rights*

Als das *House* am 1. April beschlussfähig wurde, begann für James Madison, der beweisen wollte, dass die neue Regierung ein Freund der Freiheit war, ein längerer und schwieriger Überzeugungsprozess, der schließlich zu einem Triumph führte.¹²⁰ Sicherlich half die Eröffnungsrede des Präsidenten George Washington, in der Madison als inoffizieller Staatssekretär, einen Abschnitt über *Amendments* hinzufügte. Washington erklärte, er

¹¹⁶Madison, James, 1788: Letter to Thomas Jefferson, Oktober, 17, 1788, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: *The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826*, Volume 1, New York, 564.

¹¹⁷Madison, James, 1788: Letter to Thomas Jefferson, Oktober, 17, 1788, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: *The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826*, Volume 1, New York, 564.

¹¹⁸Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford, 159.

¹¹⁹Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 117.

¹²⁰Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford, 184; Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 119.

überlasse es dem Kongress, inwiefern die Hinzufügung von *Amendments* im Rahmen des fünften Artikel der Verfassung ratsam sei, insbesondere in Bezug auf die Einwände und die Besorgtheit der Bürger gegenüber des neuen Systems.¹²¹

Am 4. Mai 1789 meldete sich Madison, um anzukündigen, dass er eine Diskussion über *Amendments* am 25. Mai einbringen würde.¹²² Jedoch waren viele *Federalists* der Meinung, das *House* hätte wichtigere Aufgaben zu bewältigen. Ein Steuersystem zu beschließen und die Exekutive sowie die Judikative funktionsfähig zu machen, seien weitaus wichtiger, als über *Amendments* einer Verfassung zu debattieren, von der man noch nicht einmal wusste, wie gut sie funktionieren würden.¹²³ Die *Antifederalists*, die während der ganzen Ratifizierungsphase der Verfassung das Fehlen einer *Bill of Rights* bemängelten, stellten fest, dass mit der Annahme einer *Bill of Rights* die Chancen einer zweiten *Convention* sinken würde und somit auch die Chancen *Amendments* hinzuzufügen, die die Befugnisse der neuen Regierung einschränken würden.¹²⁴

Am 25. Mai wurde die Diskussion über *Amendments* aufgrund wichtigerer Aufgaben vertagt.¹²⁵ Am 8. Juni 1789 hielt Madison aber schlussendlich seine berühmte Rede vor dem *House*.¹²⁶

4.2.1. Haupteinwände gegen eine *Bill of Rights*

In seiner Rede versuchte Madison alle zu jener Zeit wesentlichen Argumente gegen eine *Bill of Rights* darzustellen, um diese zu entkräften.¹²⁷

Ein erstes Gegenargument war, dass eine *Bill of Rights* für eine republikanische Regierung unnötig sei, da die Grundrechte in den Händen der Bürger liegen würden und auch dort bleiben sollten. Darauf entgegnete Madison, dass die meisten Staaten auch mit einer *Bill of Rights* versehen seien und somit die Grundrechte dort auch nicht in den Händen der Bürger liegen würden. Das Argument sei damit logischerweise auch auf Bundesebene ungültig. Zweitens gäbe die Verfassung dem Bundesstaat nicht die Befugnis, eine *Bill of Rights* zu erlassen, da diese bei den Staaten geblieben sei: "[T]hey are unnecessary, because the powers are enumerated, and it follows, that all that are not granted by the Constitution are retained".¹²⁸ Madison wandte dagegen ein, die Verfassung erlaube es dem Bundesstaat sämtliche Gesetze zu erlassen, die dazu dienen würden, seine Einkünfte zu sichern. Dafür sei die Legislative zuständig, weswegen sie auch auf Bundesebene mit einer *Bill of Rights* einzugrenzen sei. Ferner sei gesagt worden, dass die einzelnen Staaten jeweils schwer erkämpfte *Bill of Rights* besitzen würden, die nicht durch die Verfassung aufgehoben werden könnten. Madison erwiderte, dass viele Bürger nicht für die Verfassung gestimmt hätten, weil diese keine *Bill of Rights* enthielt. Außerdem würden manche Staaten keine oder nur mangelhafte *Bill of Rights* aufweisen. Weiter würde die Gefahr bestehen, dass die Grundrechte, die nicht den Gesetzesstatus erlangen würden, weniger Wert hätten und

¹²¹Labunski, Richard, 2006: James Madison and the Struggle for the Bill of Rights, Oxford, 188.

¹²²Ebd., 191.

¹²³Ebd., 195-196.

¹²⁴Levy, Leonard W, 1986: Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights, Oxford, 119.

¹²⁵Madison, James, 1789: Letter to Thomas Jefferson, May, 27, 1789, in: Papers of James Madison.

¹²⁶Madison, James, 1789: Amendments to the Constitution, June, 8, 1789, in: Papers of James Madison.

¹²⁷Ebd.

¹²⁸Ebd.

dadurch nicht gesichert seien. Dieses Argument nahm Madison sehr ernst. Seine Antwort wurde im neunten *Amendment* der Verfassung verewigt. Schließlich wurde behauptet, es sei unnötig die Verfassung mit *Amendments* zu überladen, da diese in den einzelnen Staaten nicht rechtskräftig seien. Madison setzte dem entgegen, dass eine *Bill of Rights* der Judikative einen legalen *Check* gegenüber der Legislative und Exekutive geben würde und sie somit zur Hüterin der Grundrechte aufsteigen würde. Dieses Argument gab ihm Jefferson.¹²⁹ Außerdem gebe eine *Bill of Rights* den Staaten eine Möglichkeit, die Bundesgesetze anhand von einem Grundrechtskatalog zu überprüfen.

4.2.2. Die Hintergründe der *Bill of Rights*

Um seinen Entwurf zu verfassen, bediente sich Madison verschiedener Quellen.¹³⁰ Die *Magna Charta* spielte dabei nur bedingt eine Rolle, diese sei nämlich nur eine Schranke gegenüber der Krone und nicht gegenüber der Legislative, dessen Machtbefugnisse unbegrenzt blieben.¹³¹ Dagegen setze die *Bill of Rights* den drei Gewalten der amerikanischen Regierung Grenzen gegenüber den amerikanischen Bürgern. Madison betonte, dass aber besonders die Legislative, die damals stärkste Gewalt, eingegrenzt werden sollte, da die Exekutive sowieso schwächer gewesen sei.¹³² So wären nur vier Grundrechte der *Bill of Rights* als erstes in der *Magna Charta* gesichert (Seizures, Due Process, Jury trial, Fines).¹³³ Der Grundrechtskatalog der *Bill of Rights* sei dementsprechend viel breiter, was Madison auch in seiner Rede unterstrich: "[T]heir Magna Charta does not contain any one provision for the security of those rights, respecting which the people of America are most alarmed."¹³⁴ Er inspirierte sich auch durch die 96 *Amendments*, die die verschiedenen *State Ratifying Conventions* vorschlugen. Beachtlich ist, dass eine Mehrheit der 42 Grundrechte, die es in Madisons *Amendments* schafften, auch in den *Amendments* zu finden sind, die George Mason während der *Virginia Ratifying Convention* verfasste.¹³⁵ Alle *Amendments*, die die neue Regierung hätten schwächen können und den *Antifederalists* am Herzen lagen, ließ Madison jedoch aus. Doch der direkte Hintergrund für Madisons *Amendments* lag in den *Bill of Rights* der Staaten. Von den 42 von Madison vorgeschlagenen Grundrechten sind 23 in mindestens vier der sieben *Bill of Rights* der Staaten zu finden.¹³⁶

¹²⁹ Jefferson, Thomas, 1788: Letter to James Madison, March, 15, 1788, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: *The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826*, Volume 1, New York, 587.

¹³⁰ Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: Publius: *The Journal of Federalism*, 22:2, 19-45.

¹³¹ Madison, James, 1789: *Amendments to the Constitution*, June, 8, 1789, in: *Papers of James Madison*.

¹³² Madison, James, 1789: *Amendments to the Constitution*, June, 8, 1789, in: *Papers of James Madison*.

¹³³ Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: Publius: *The Journal of Federalism*, 22:2, 21-22.

¹³⁴ Madison, James, 1789: *Amendments to the Constitution*, June, 8, 1789, in: *Papers of James Madison*.

¹³⁵ Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: Publius: *The Journal of Federalism*, 22:2, 23-27; Brant, Irving, 1970: *The Fourth President. A Life of James Madison*, London, 231.

¹³⁶ Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: Publius: *The Journal of Federalism*, 22:2, 30-33.

4.2.3. Madisons Amendments

Bei der Auswahl seiner *Amendments*, blieb Madison seinen Grundsätzen treu.

So lautete sein fünftes *Amendment*, das er als das wertvollste einstufte: "No State shall violate the equal rights of conscience, or the freedom of press, or the trial by jury in criminal cases."¹³⁷ Dieses Grundrecht richtete sich nicht gegen den *Congress* beziehungsweise gegen die bundesstaatliche Regierung, sondern gegen die Staaten.¹³⁸ Er versuchte hiermit die Macht der Legislative der verschiedenen Staaten in drei weiteren Bereichen einzuschränken und dadurch den Artikel VI der Verfassung zu erweitern. In der Tat war Madison immer noch der Meinung, dass die größte Gefahr für die Grundrechte innerhalb der Staaten und nicht auf bundesstaatlicher Ebene lag.¹³⁹ Aber auch dieser Versuch endete in einer Niederlage, da sein fünftes *Amendment* vom Senat zurückgewiesen wurde.¹⁴⁰ Erst 1868 fand es den Eingang in die Verfassung als 14. *Amendment*.¹⁴¹

Er feierte jedoch einen Sieg, was seine Herzensangelegenheit, die Religionsfreiheit, angeht. Er schrieb in seiner Rede: "The civil rights of none shall be abridged on account of religious belief or worship, nor shall any national religion be established, nor shall the full and equal rights of conscience be in any manner, or on any pretext infringed."¹⁴² Dieses *Amendment* wurde mehrfach verändert, die Wortwahl des ersten *Amendments* der ratifizierten *Bill of Rights* ist jedoch Madison zuzurechnen. Er verwirklichte somit sein Ziel: ein *Amendment*, das dem Staat jede Art von religiöser Unterstützung untersagte und dadurch einen gegenüber Religionen neutralen Bundesstaat sicherte.¹⁴³ Die Wirkungskraft seiner ursprünglichen Formulierung wurde bewahrt. Auch in dieser Menschenrechtserklärung behielt Madison seinen Status als Verteidiger der Religionsfreiheit. Er vervollständigte sein Ziel dadurch, dass er auch auf bundesstaatlicher Ebene die Macht der Legislative eingrenzte, indem er ihr genauso wie in Virginia, den Bereich der Religion entzog.

Erwähnenswert ist auch der letzte Abschnitt seines vierten *Amendments*:

"The exceptions here or elsewhere in the constitution, made in favor of particular rights, shall not be so construed as to diminish the just importance of other rights retained by the people; or as to enlarge the powers delegated by the constitution; but either as actual limitations of such powers, or as inserted merely for greater caution."¹⁴⁴

Es ist die konstruktive Antwort auf die Kritik, dass eine Aufzählung von Grundrechten nicht möglich sei, weil die Gefahr bestünde, dass die Grundrechte, die nicht den Gesetzesstatus erlangen würden, weniger Wert hätten und somit nicht gesichert seien. Madison unterstrich damit seine Vorstellung, dass Grundrechte erweiterbar sind und verhinderte die

¹³⁷ Madison, James, 1789: Amendments to the Constitution, June, 8, 1789, in: Papers of James Madison.

¹³⁸ Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 232.

¹³⁹ Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 83.

¹⁴⁰ Levy, Leonard W, 1986: Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights, Oxford, 122;.

¹⁴¹ Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 83; *The Constitution: Amendments* 11-27

¹⁴² Madison, James, 1789: Amendments to the Constitution, June, 8, 1789, in: Papers of James Madison.

¹⁴³ Brant, Irving, 1970: The Fourth President. A Life of James Madison, London, 235; *The U.S. Bill of Rights*.

¹⁴⁴ Madison, James, 1789: Amendments to the Constitution, June, 8, 1789, in: Papers of James Madison.

Verletzungen von Grundrechten, die durch eine Gesetzeslücke hätten entstehen können.¹⁴⁵ Dies wurde die Grundlage für das neunte *Amendment* der ratifizierten *Bill of Rights* (*Rights retained by the people*).¹⁴⁶ Dieses Grundrecht wurde durch Madison zum ersten Mal verfassungsrechtlich in einer Menschenrechtserklärung verewigt.¹⁴⁷

Schließlich ist bemerkenswert, dass nahezu alle zehn *Amendments* der ratifizierten *Bill of Rights* in Madisons Vorschlägen enthalten waren. Auch verloren Madisons wichtige Vorschläge, mit Ausnahme des späteren 14. *Amendments*, weder ihre Wirkungskraft durch die Bearbeitung im *Congress*, noch wurden sie durch die Ratifizierung gekippt.¹⁴⁸

4.2.4. Die Ratifizierung der *Bill of Rights*

Sechs Wochen nach seiner Rede reichte Madison einen erneuten Antrag ein, um das *House* dazu zu bewegen, im *Committee of the Whole* zu tagen. Es berief stattdessen jedoch ein *Select Committee* ein, das sich mit der Frage einer *Bill of Rights* beschäftigen sollte. Es bestand aus jeweils einem Abgeordneten pro Staat.

Dem Einreichen des Berichts des *Select Committee* im *House* am 13. August 1789 folgte eine lange Debatte, die bis zum 24. August anhielt, in der besonders Roger Sherman als Gegner einer *Bill of Rights* hervortrat.¹⁴⁹ Er leistete jedoch einen wichtigen Beitrag zu der *Bill of Rights*, wie wir sie heute kennen.

Beim Präsentieren seiner *Amendments* unterlief Madison eine der größten Fehleinschätzungen seiner Karriere. Er hatte vorgeschlagen, die *Amendments* in die Artikel der schon ratifizierten Verfassung zu integrieren. Seiner Meinung nach würde das Hinzufügen der *Amendments* am Ende der Verfassung nicht deutlich machen, welcher Artikel davon modifiziert sei. Ferner würde es am Ende nicht als Teil der Verfassung angesehen werden, sondern nur als Anhang.¹⁵⁰ Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, die *Bill of Rights* an den Anfang der Verfassung zu stellen, wie es in den Staaten üblich war.¹⁵¹ Doch Sherman bestand darauf, dass im Fall einer Ratifizierung diese *Amendments* am Ende der Verfassung stehen sollten. Als Begründung dafür gab er an, dass die Verfassung ein Akt des Volkes sei und die *Amendments* ein Akt der Staaten.¹⁵² Der größte Vorteil seines Vorschlags lag darin, dass - im Gegensatz zu den ersten beiden Möglichkeiten - die Verfassung nicht erneut als Ganzes ratifiziert werden musste, sondern nur die *Amendments*.¹⁵³

Ferner ist die Sprache der *Bill of Rights* beachtlich. Die *Bill of Rights* der Staaten benutzten die ermahnenden Verben "ought" und "should", statt die befehlenden Verben "shall" und "will", was ihnen einen beratenden statt einen rechtsverbindlichen Charakter gab. Da

¹⁴⁵Rakove, Jack N, 1990: James Madison and the Creation of the American Republic, Glenview, 82-83.

¹⁴⁶*The U.S. Bill of Rights*.

¹⁴⁷Lutz, Donald S, 1992: The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights, in: Publius: The Journal of Federalism, 22:2, 22.

¹⁴⁸Brant, Irving, 1970 : The Fourth President. A Life of James Madison, London, 231.

¹⁴⁹Gerber, Scott D, 1996: Roger Sherman and the Bill of Rights, in: Polity, 28:4, 525.

¹⁵⁰Labunski, Richard, 2006: James Madison and the Struggle for the Bill of Rights, Oxford, 200.

¹⁵¹Lutz, Donald S, 1992: The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights, in: Publius: The Journal of Federalism, 22:2, 40.

¹⁵²Gerber, Scott D, 1996: Roger Sherman and the Bill of Rights, in: Polity, 28:4, 526.

¹⁵³Lutz, Donald S, 1992: The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights, in: Publius: The Journal of Federalism, 22:2, 40.

Madison aber beabsichtigte, die *Bill of Rights* in der Verfassung zu inkorporieren, verfasste er sie mit den verfassungsrechtlichen Verben "shall" und "will". Doch auch als entschieden wurde, die *Bill of Rights* an das Ende der Verfassung zu stellen, mussten die Verben "shall" und "will" beibehalten werden, weil die *Bill of Rights* Teil der Verfassung wurde und die Uniformität beibehalten werden musste.¹⁵⁴

Die *Bill of Rights* wurde schließlich durch den Druck der Bevölkerung und die Entschlossenheit Madisons am 24. September 1789 durch das *House* und am 25. durch den Senat beschlossen und am nächsten Tag bei den Staaten zur Ratifizierung eingereicht.¹⁵⁵

Die *Bill of Rights* wurde am 15.12.1791 in der Form von zehn *Amendments* von den Staaten ratifiziert. Massachusetts, Connecticut und Georgia ratifizierten die *Bill of Rights* erst 1939.¹⁵⁶

Sie ist heutzutage nicht nur als Fußnote oder nachträglicher Zusatz der Verfassung angesehen, sondern hat einen quasi heiligen Status erlangt, der wahrscheinlich den der eigentlichen Verfassung übertrifft.¹⁵⁷ Diesen hätte sie jedoch sicherlich nicht bekommen wenn sie in den einzelnen Artikeln der Verfassung integriert worden wäre.¹⁵⁸

4.3. Ausblick

Den symbolischen Wert der *Bill of Rights* betonte Madison anschließend auch in seinem Artikel *Charters*, der veröffentlicht wurde, kurz nachdem die *Bill of Rights* durch elf Staaten ratifiziert worden war. In diesem weist er darauf hin, dass Menschenrechtserklärungen bisher nur von der Staatsmacht dem Volk gewährt wurden. Die *Bill of Rights* sei deshalb so außergewöhnlich und als Revolution zu bezeichnen, weil sie als Ausdruck von Freiheit gesehen werden könne ("charters of power granted by liberty"). Frankreich habe mit seiner *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* dem Beispiel der *Bill of Rights* gefolgt.¹⁵⁹

James Madison hätte wahrscheinlich nie gedacht, dass die *Bill of Rights* im Laufe der Zeit nicht nur ihren politischen und symbolischen Wert verfestigen, sondern auch einen technischen Wert erlangen würde. Am Anfang bewirkte die *Bill of Rights* nur wenig, da die einzelnen Staaten weiterhin die primären Beschützer der Grundrechte blieben. Erst im 20. Jahrhundert begann der *Supreme Court*, wie Thomas Jefferson es vorhersah, sich die *Bill of Rights* anzueignen und systematisch zu nützen, um die Grundrechte zu schützen.¹⁶⁰ So wurde der *Supreme Court* zu einem der wichtigsten Gegenspieler der Legislative auf bundesstaatlicher Ebene. Durch das 14. *Amendment*, das 1868 hinzugefügt wurde, konnte er auch auf staatlicher Ebene eingreifen.¹⁶¹ Dabei muss betont werden, dass dies nur durch

¹⁵⁴Ebd., 40-43.

¹⁵⁵Gerber, Scott D, 1996: Roger Sherman and the Bill of Rights, in: *Polity*, 28:4, 527; Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 122.

¹⁵⁶Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford, 123-124.

¹⁵⁷Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford, 200.

¹⁵⁸Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: *Publius: The Journal of Federalism*, 22:2, 40.

¹⁵⁹Madison, James, 1792: *Charters*, in: *National Gazette*, 19.01.1792.

¹⁶⁰Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: *Publius: The Journal of Federalism*, 22:2, 43.

¹⁶¹Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview, 83; Lutz, Donald S, 1992: *The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights*, in: *Publius: The Journal of Federalism*, 22:2, 43.

den rechtsverbindlichen Charakter der *Bill of Rights* möglich wurde, dessen Inhalt folglich auch einklagbar wurde.¹⁶²

Zum Schluss ist noch erwähnenswert, dass James Madison während seiner Amtszeit als Präsident der Vereinigten Staaten sieben Mal von seinem Vetorecht Gebrauch machte.¹⁶³ Davon sind besonders zwei im Kontext dieser Arbeit relevant: Er legte am 21. Februar 1811 ein Veto gegen das Gesetz "Incorporating the Protestant Episcopal Church in the town of Alexandria, in the District of Columbia" ein, mit der Begründung, es verstoße gegen die *Establishment Clause* des ersten *Amendments* der Verfassung.¹⁶⁴ Ein paar Tage später, am 28. Februar, legte er erneut ein Veto ein, diesmal gegen ein Gesetz namens "An act for the relief of Richard Turvin, William Coleman, Edwin Lewis, Samuel Mims, Joseph Wilson and the Baptist Church at Salem Meeting House, in the Mississippi Territory" ebenfalls weil es gegen die *Establishment Clause* verstoße.¹⁶⁵ Folglich verteidigte er ein *Amendment*, das er 22 Jahre zuvor selbst eingebracht hatte. Auch das Vetorecht, dessen Annahme er während der *Convention* unterstützte, erwies sich als ein effektives Instrument, um die Legislative einzugrenzen. Diese zwei Gesetze haben ihm jedoch wahrscheinlich bewusst gemacht, dass Religionsfreiheit und die Trennung zwischen Staat und Kirche zwar verfassungsrechtlich geschützt waren, aber die Gefahr einer Verletzung durch die Legislative nie ganz ausgeschlossen werden konnte. Das Thema der Religionsfreiheit, dessen Festsetzung in der *Virginia Declaration of Rights* sein erster politischer Beitrag war, zieht sich somit wie ein roter Faden durch seine gesamte politische Karriere.

5. Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Madison sein Leben lang für Grundrechte gekämpft hat. Besonders hat er sich der Religionsfreiheit gewidmet, sei es in der *Virginia Declaration of Rights*, der *Bill of Rights* oder während seiner Präsidentschaft mit Hilfe des *Presidential Veto*. In der *Virginia Declaration of Rights* verankerte Madison das Prinzip der Religionsfreiheit. Durch das *Memorial and Remonstrance Against Religious Assessments* und dem *Virginia Act for Establishing Religious Freedom* erlangte er anschließend die Trennung von Staat und Religion und somit die Abkehr vom britischen Modell. Er schaffte es somit, die Religion aus dem Machtbereich der Legislative in Virginia auszugrenzen und letztere dadurch einzuschränken. Doch Madisons Mandate im *Virginia Council*, der *Virginia Assembly* und im *Congress of Confederation* zeigten ihm, dass es nicht genügte, der Legislative einen Bereich zu entziehen, sondern dass sie allgemein eingeschränkt werden musste, um die Freiheit und die Grundrechte der Individuen zu bewahren. Durch seine scharfsinnige Analyse des amerikanischen politischen Systems und seiner Studien ehemaliger *Confederacies* erkannte er, dass eine bundesstaatliche Regierung erforderlich war. Diese musste mit Hoheitsgewalt gegenüber den Staaten ausgestattet sein, um sie zu kontrollieren. Doch auch innerhalb dieser neuen Regierung sollten die drei Gewalten, namentlich die Legislative, Exekutive und Judikative, mit *checks and balances* ausgestattet

¹⁶²Lutz, Donald S, 1992: The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights, in: Publius: The Journal of Federalism, 22:2, 43.

¹⁶³<http://www.senate.gov/reference/Legislation/Vetoes/Presidents/MadisonJ.pdf>.

¹⁶⁴ Madison, James, 1811: Letter to the House of Representatives, February, 21, 1811, in: Papers of James Madison.

¹⁶⁵ Madison, James 1811: Letter to the House of Representatives, February, 28, 1811, in: Papers of James Madison.

sein. Besonders die Legislative, in der Madison die meisten Gefahren sah, musste eingeschränkt werden. Dies sollte nicht nur durch die Gewaltenteilung, sondern durch ein Zwei-Kammer-System und einem *Council of Revision* erfolgen. Besonders lag Madison das *Negative on State Laws* am Herzen, über das die Legislative der neuen Regierung verfügen sollte. Es war seiner Meinung nach am besten geeignet, um die Legislative innerhalb der Staaten einzuschränken und dadurch Grundrechtsverletzungen innerhalb der Staaten zu verhindern. Viele von Madisons Vorschlägen wurden während der *Philadelphia Convention* angenommen: Es wurde ein Bundesstaat mit Hoheitsgewalt gegenüber den Staaten errichtet. In dessen Machtbereichen war er mittels seiner Verfassung und Gesetze gegenüber denen der Staaten vorrangig. Außerdem wurde der Bundesstaat mit einem Zwei-Kammer-System und einem, zumindest im *House of Representatives*, proportionalen Repräsentationssystem ausgestattet. Jedoch wurde weder Madisons *Negative* noch sein *Council of Revision* angenommen. Stattdessen wurde der Judikative die Macht gegeben, ein Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, obwohl Madison ursprünglich glaubte, die Judikative wäre zu schwach, um die Legislative zu kontrollieren. Dies schuf die Grundlage für das *Judicial Review*, das schließlich zu einer der besten Instrumente zur Einschränkung der Legislative wurde. Auch wenn Madison der Meinung war, diese Maßnahmen würden nicht ausreichen, um die Grundrechte zu schützen, war er doch offen für jeden Vorschlag, der in diese Richtung ging. Dies wird belegt durch sein Engagement für die Ratifizierung der Verfassung. Die pragmatische Seite von Madison zeigt sich auch in seinem Engagement für die *Bill of Rights*. Er sah für diese grundsätzlich keine Notwendigkeit, da sie schon innerhalb der Staaten nur als "parchment barriers" gedient hätten, wenn es darum ging, Grundrechtsverletzungen durch die Legislative zu verhindern. Madison bezweifelte, dass es auf föderaler Ebene zu Grundrechtsverletzungen kommen würde und das wahre Problem innerhalb der Staaten liegen würde, weswegen er immer noch glaubte, das *Negative on State Laws* sei die beste Lösung gewesen. Obwohl er den technischen Wert einer *Bill of Rights* nicht sah, erkannte er aber als einer der ersten *Federalists* dessen politischen sowie symbolischen Wert. Er verstand auch, dass die Bürger den freiheitlichen Geist der Verfassung schriftlich bestätigt haben wollten. Er stellte jedoch im ersten *Congress* schnell fest, dass sein Wahlversprechen, eine *Bill of Rights* der Verfassung hinzuzufügen, keine einfache Angelegenheit sein würde. Doch seine Motivation und Überzeugungskraft zahlten sich aus. Er stellte am 8. Juni 1789 eine Liste von *Amendments* vor. Auch auf föderaler Ebene setzte er sich für Religionsfreiheit ein, grenzte den Bereich der Religion von der Legislative aus und vervollständigte auch auf dieser Ebene die Trennung von Staat und Kirche. Trotz seines gescheiterten Versuchs, die *Amendments* auch innerhalb der Staaten gelten zu lassen, wurden alle seine Vorschläge in den zehn *Amendments* der Verfassung verankert, die zusammen die *Bill of Rights* darstellen. Nicht zuletzt durch das Hinzufügen am Ende der Verfassung und die moderne Sprache erfüllt heute die *Bill of Rights* insbesondere durch den *Supreme Court* ihr Ziel, die Legislative wirkungsvoll einzuschränken.

Letztendlich wurden nicht alle Vorschläge angenommen, die Madison befürwortete, um die Legislative einzuschränken. Doch besonders die *Bill of Rights* zeigt, dass die Lösungen, die Madison zwar unterstützte, aber zu seiner Zeit für ineffektiv hielt, sich zu den wirkungsvollsten Einschränkungen entwickelt haben. Dies belegt die Modernität seines politischen Denkens. Madison kann somit ohne Zweifel als Repräsentant für die Abkehr von der Legislative verstanden werden.

In diesem Zusammenhang soll darauf hingewiesen werden, dass das Thema Religion und Staat auch mehr als 200 Jahre später genauso aktuell ist wie damals. Religion ist zwar nun allgemein zur privaten Angelegenheit geworden und die Religionsfreiheit jedes Einzelnen ist

in Deutschland im Art. 4 Abs. 1 und 2 des Grundgesetzes verankert. Trotzdem bedeutet dies längst nicht, dass es keine religiösen Spannungen mehr gibt, wenn Religion aus dem Machtbereich der Legislative ausgegrenzt wird.

So muss in Deutschland nun die Judikative entscheiden, wo die Religionsfreiheit aufhört. Dabei ist beachtlich, dass im Gegensatz zu Frankreich, wo das Prinzip der Laizität herrscht, in Deutschland das Grundgesetz keine strikte Trennung zwischen Staat und Religion vorsieht.¹⁶⁶ So stellt das Verfassungsrecht für Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den besonderen Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Verfügung (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 WRV).¹⁶⁷ Dabei versteht das GG unter Religionsgemeinschaften Vereinigungen von natürlichen Personen, die sich mit dem Ziel verbunden haben, sich der gemeinsamen Ausübung ihrer Religion zu widmen.¹⁶⁸

Diese gewisse Privilegierung der christlichen Kirchen wurde besonders durch die Reaktion Bayerns auf das Kruzifix-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) deutlich, das Neutralität durch Pluralität proklamierte.¹⁶⁹ Auch die Kopftuch-Urteile haben gezeigt, dass die Entscheidung, ein Kopftuch tragen zu dürfen den privaten Charakter verlieren kann, wenn eine öffentliche Instanz wie eine Schule betroffen ist, durch die automatisch auch der Staat involviert ist. Dabei betont das BVerfG erneut, wenn "religiöse Bekundungen durch Pädagoginnen und Pädagogen in der öffentlichen bekenntnisoffenen Gemeinschaftsschule zum Zweck der Wahrung des Schulfriedens und der staatlichen Neutralität gesetzlich untersagt [werden], so muss dies für alle Glaubens- und Weltanschauungsrichtungen grundsätzlich unterschiedslos geschehen."¹⁷⁰ Ein Verbot des Kopftuches wäre falsch gewesen, da eine Trennung von Staat und Kirche nicht vorliegt. Wenn also ein Kreuz getragen werden kann, scheint es genauso berechtigt, ein Kopftuch zu tragen.

Angesichts der immer radikaleren Flügel mancher Religionen, deren Ziel nicht die gemeinsame Ausübung ihrer Religion ist, sondern das Aufdrängen ihrer Religion mit Hilfe von Gewalt, stellt sich die Frage, ob der Staat nicht doch eine aktivere Rolle spielen sollte.

Damit ist Deutschland heute und in Zukunft mit dem Thema konfrontiert, welches Modell am geeignetsten erscheint. Eher das strikte Modell der Laizität, das zwar ermöglicht, die Religionsfreiheit einzugrenzen (das Kopftuch wäre in der Schule verboten, jedoch genauso die Kette mit einem Kreuz), jedoch die Privilegierung, die unter anderen die christlichen Kirchen genießen¹⁷¹, ausschließen würde.

Eine andere Möglichkeit wäre es, dem liberalen bzw. angelsächsischen Modell zu folgen, das alle Religionen toleriert und manchen Religionen weiterhin den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts gewähren würde. Allerdings bliebe die Gefahr, dass radikalere

¹⁶⁶ http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/religionsverfassungsrecht_node.html.

¹⁶⁷ http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/koerperschaftsstatus/koerperschaftsstatus_node.html.

¹⁶⁸ http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/religionsverfassungsrecht_node.html.

¹⁶⁹ BVerfGE 93, 1 - Kruzifix; Prantl, Heribert, 2015: 20 Jahre Kruzifix-Urteil. Aufstand der Aufgeregten, Süddeutsche Zeitung, 19.08.2015.

¹⁷⁰ BVerfGE 1 BvR 471/10; vgl. BVerfGE 108, 282 - Kopftuch.

¹⁷¹ http://www.personenstandsrecht.de/PERS/DE/Themen/Informationen/Religionsgemeinschaften/religionsgemeinschaften_node.html.

Flügel dadurch schwerer einzugrenzen sind und der Staat nur sehr begrenzt eingreifen könnte. Bisher scheint eher dieses Modell die Oberhand zu haben.

Es wird jedoch spannend sein, zu beobachten, wie Deutschland auf die wachsende Pluralität und religiöse Heterogenität in der Gesellschaft reagieren wird. Es ist sicher ist, dass das Thema Religion den Staat und die Gesellschaft weiterhin so beschäftigen wird, wie dies schon bei James Madison im 18. Jahrhundert der Fall war.

Literaturverzeichnis:

Fachzeitschriften:

- Ansolabehere, Stephen/Green, Jamal/Persily, Nathaniel, 2011: Profiling Originalism, in: Columbia Law Review, 111:2, 356-418.
- Corwin, Edward S, 1925: The Progress of Constitutional Theory Between the Declaration of Independence and the Meeting of the Philadelphia Convention, in: The American Historical Review, 30:3, 511-536.
- Dippel, Horst, 1996: The Changing Idea of Popular Sovereignty in Early American Constitutionalism: Breaking Away from European Patterns, in: Journal of Early Republic, 16:1, 21-45.
- Gerber, Scott D, 1996: Roger Sherman and the Bill of Rights, in: Polity, 28:4, 521-540.
- Hobson, Charles F, 1979: The Negative on State Laws: James Madison, the Constitution, and the Crisis of Republic Government, in: The William and Mary Quarterly, 36:2, 215-235.
- Lutz, Donald S, 1992: The State Constitutional Pedigree of the U.S. Bill of Rights, in: Publius: The Journal of Federalism, 22:2, 19-45.
- Monaghan, Henry P, 2004: Doing Originalism, in: Columbia Law Review, 104:1, 32-38.
- Rakove, Jack N, 1992: James Madison and the Bill of Rights: a Broader Context, in: Presidential Studies Quarterly, 22:4, 667-677.

Primärquellen:

- Blackstone, William, Sir, 1765-1769: Commentaries on the Laws of England, Band 1, Oxford, online unter: http://avalon.law.yale.edu/subject_menus/blackstone.asp [08.01.2016].
- Hamilton, Alexander, 1788: The Federalist No. 78, in: Papers of Alexander Hamilton, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=federalist%20No.%2078&s=1511311112&r=8> [7.01.2016].
- Jefferson, Thomas, 1787: Letter to James Madison, December, 20, 1787, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826, Volume 1, New York.
- Jefferson, Thomas, 1788: Letter to James Madison, March, 15, 1788, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826, Volume 1, New York.
- Jefferson, Thomas, 1789: Letter to James Madison, September, 6, 1789, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-12&s=1511311112&r=248#JSMN-01-12-02-0248-fn-0004-ptr> [07.12.2015].
- Madison James, 1773: Letter to William Bradford, December, 1, 1773, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-01&s=1511311112&r=27> [07.01.2016].
- Madison, James, 1785: Memorial and Remonstrance Against Religious Assessments, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-08%20memorial%20and%20Remonstrance%20&s=1511311112&r=3> [02.12.2015].
- Madison, James, 1786: Ancient and Modern Confederacies, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/documents/Madison/01-09-02-0001> [03.01.2016].
- Madison, James, 1787: Vices of the Political System of the United States, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/documents/Madison/01-09-02-0187> [24.11.2015].

- Madison, James, 1787: Letter to Edmund Randolph, April, 8, 1787, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-09&s=1511311112&r=197> [05.01.2016].
- Madison, James, 1787: Letter to George Washington, April, 16, 1787, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-09&s=1511311112&r=208> [04.01.2016].
- Madison, James, 1787: The Federalist No. 10, in: Papers of James Madison, <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-10&s=1511311112&r=178> [30.11.2015].
- Madison, James, 1787: Letter to Thomas Jefferson, October, 24, 1787, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-10&s=1511311112&r=151> [29.12.2015].
- Madison, James, 1788: The Federalist No. 51, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-10&s=1511311112&r=279> [30.11.2015].
- Madison, James, 1788: Letter to Thomas Jefferson, Oktober, 17, 1788, in: Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: The Republic of Letters. The Correspondence between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826, Volume 1, New York.
- Madison, James, 1789: Letter to Thomas Jefferson, May, 27, 1789, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-12&s=1511311112&r=118> [28.12.2015].
- Madison, James, 1789: Amendments to the Constitution, June, 8, 1789, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-12&s=1511311112&r=126> [28.12.2015].
- Madison, James, 1790: Letter to Thomas Jefferson, February, 4, 1790, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-13&s=1511311112&r=20> [07.12.2015].
- Madison, James, 1826: Letter to George Mason, July, 14, 1826, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/documents/Madison/99-02-02-0705> [21.12.2015].
- Madison, James, 1811: Letter to the House of Representatives, February, 21, 1811, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-03-03&s=1511311112&r=233> [28.12.2015].
- Madison, James, 1811: Letter to the House of Representatives, February, 28, 1811, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-03-03&s=1511311112&r=252> [28.12.2015].
- Nicholas, George, 1785: Letter to James Madison, April, 22, 1785, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AMadison-01-08&s=1511311112&r=150> [19.12.2015].
- Articles of Confederation, online unter: <http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/SMAN-107/pdf/SMAN-107-pg935.pdf> [25.11.2015].
- Bills for a Revised States Code of Laws, 31 October 1785, in: Papers of James Madison, online unter: <http://founders.archives.gov/documents/Madison/01-08-02-0205> [21.12.2015].
- Catalogue of Bills Prepared by the Committe of Revisors, 1-5 June 1779, in: Papers of Thomas Jefferson, online unter: <http://founders.archives.gov/?q=Volume%3AJefferson-01-02&s=1511311112&r=146> [22.12.2015].

- The U.S. Bill of Rights, online unter:
http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html [10.01.2016].
- The Constitution: Amendments 11-27, online unter:
http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_amendments_11-27.html [10.01.2016].
- Virginia Declaration of Rights, online unter:
http://www.archives.gov/exhibits/charters/virginia_declaration_of_rights.html [01.12.2015].
- Virginia Declaration of Rights (First Draft), online unter:
http://www.encyclopediavirginia.org/The_Virginia_Declaration_of_Rights_First_Draft_1776 [02.12.2015].
- Virginia Plan, in: Papers of James Madison, online unter:
<http://founders.archives.gov/?q=virginia%20plan%201787%20Author%3A%22Madison%2C%20James%22&s=1511311112&sa=&r=42&sr=> [05.01.2016].
- Virginia Act for Establishing Religious Freedom, online unter:
<http://www.heritage.org/initiatives/first-principles/primary-sources/virginia-act-establishing-religious-freedom> [14.12.2015].
- The Constitution of the United States, online unter: <http://www.usconstitution.net/const.pdf> [07.12.2015].

Monographien:

- Brant, Irving, 1970: *The Fourth President. A Life of James Madison*, London.
- Ketcham, Ralph, 1990: *James Madison. A Biography*, 2. Auflage, New York.
- Koch, Adrienne, 1964: *Jefferson & Madison. The Great Collaboration*, New York.
- Kraus, Hans-Christof, 2006: *Englische Verfassung und Politisches Denken im Ancien Régime. 1689 bis 1789*, München.
- Labunski, Richard, 2006: *James Madison and the Struggle for the Bill of Rights*, Oxford.
- Levy, Leonard W, 1986: *Constitutional Opinions. Aspects of the Bill of Rights*, Oxford.
- McLane Hamilton, Allan, 1910: *The Intimate Life of Alexander Hamilton*, New York.
- Rakove, Jack N, 1990: *James Madison and the Creation of the American Republic*, Glenview.
- Rakove, Jack N, 1996: *Original Meanings. Politics and Ideas in the Making of the Constitution*, New York.
- Sheldon, Garrett Ward, 2001: *The Political Philosophy of James Madison*, Baltimore.
- Smith, James Morton (Hrsg.), 1995: *The Republic of Letters. The Correspondence Between Thomas Jefferson and James Madison 1776-1826, Volume 1*, New York.
- Wood, Gordon S, 1998: *Creating the Republic 1776-17787*, 2. Auflage, The University of North Caroline Press.

Internetseiten:

- Parker, Ashley, 2014: *House G.O.P. Files Lawsuit in Battling Health Law*, in: *The New York Times*, 21.11.2014, online unter: <http://www.nytimes.com/2014/11/22/us/politics/obamacare-lawsuit-filed-by-republicans.html> [08.01.2016].
- Peters, Jeremy W, 2014: *House Votes to Sue Obama for Overstepping Powers*, in: *The New York Times*, 30.07.2014, online unter: <http://www.nytimes.com/2014/07/31/us/politics/house-votes-along-party-lines-to-sue-obama.html?> [08.01.2016].

- Prantl, Heribert, 2015: 20 Jahre Kruzifix-Urteil. Aufstand der Aufgeregten, Süddeutsche Zeitung, 19.08.2015, online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/jahre-kruzifix-urteil-aufstand-der-aufgeregten-1.2613635> [26.12.2015].
- Salsman, Richard M, 2013: When it Comes to Abuse of Presidential Power, Obama is a Mere Piker, in: Forbes, 28.01.2013, online unter: <http://www.forbes.com/sites/richardsalsman/2013/01/28/when-it-comes-to-abuse-of-presidential-power-obama-is-a-mere-piker/> [08.01.2016].
- *Marbury v. Madison* - Entscheidung, online unter: <https://supreme.justia.com/cases/federal/us/5/137/case.html> [07.01.2016].
- Engel v. Vitale - Entscheidung, online unter: <https://www.law.cornell.edu/supremecourt/text/370/421> [09.01.2016].
- BVerfGE 93, 1 - Kruzifix, online unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv093001.html#Opinion>, [26.12.2015].
- BVerfGE 108, 282 - Kopftuch, online unter: <http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv108282.html#Opinion> [26.12.2015].
- BVerfGE 1 BvR 471/10, online unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2015/01/rs20150127_1bvr047110.html [26.12.2015].
- http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/religionsverfassungsrecht_node.html [26.12.2015].
- http://www.bmi.bund.de/DE/Themen/Gesellschaft-Verfassung/Staat-Religion/Religionsverfassungsrecht/koerperschaftsstatus/koerperschaftsstatus_node.html [26.12.2015].
- http://www.personenstandsrecht.de/PERS/DE/Themen/Informationen/Religionsgemeinschaften/religionsgemeinschaften_node.html [26.12.2015].
- <http://www.senate.gov/reference/Legislation/Vetoes/Presidents/MadisonJ.pdf> [28.12.2015].
- <http://www.nycourts.gov/history/legal-history-new-york/legal-history-eras-02/history-new-york-legal-eras-rutgers-waddington.html> [06.01.2016].